



Studienabschlussarbeiten

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Bauscher, Lars Henrik:

Die Außenpolitik der EU im Wandel – Der US-Einfluss auf die EU-Außenpolitik seit 2016: Eine theoriegeleitete Erklärung

Bachelorarbeit, Sommersemester 2024

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Ludwig-Maximilians-Universität München

<https://doi.org/10.5282/ubm/epub.120295>



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2024

Lars Henrik Bauscher

**Die Außenpolitik der EU im Wandel
– Der US-Einfluss auf die EU-
Außenpolitik seit 2016: Eine
theoriegeleitete Erklärung**

Bachelorarbeit bei
Dr. Lars C. Colschen
2024

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	3
1 Einleitung.....	4
2 Literatur-Review.....	7
2.1 Das Konzept der Außenpolitik in Bezug auf die EU.....	8
2.2 Die Außenpolitikforschung in der Politikwissenschaft.....	10
3 Die US-Außenpolitik und ihr Einfluss auf die EU: Theoretische Herangehensweise.....	11
3.1 Der postklassische Realismus als Außenpolitiktheorie.....	13
3.2 Anpassung des postklassischen Realismus: Ein Rahmen für die Analyse	17
4 Methodische Umsetzung	21
4.1 Der Einfluss der US- auf die EU-Außenpolitik seit 2016 als vergleichende Fallstudie.....	21
4.2 Die Methode der Kongruenz.....	23
5 Die US-Außenpolitik und ihr Einfluss auf die EU seit 2016.....	25
5.1 „America-First“- Politik unter Trump: Unilaterale Autonomie.....	25
5.1.1 Der Rückzug aus dem JCPOA.....	26
5.1.2 Der Rückzug aus dem INF-Vertrag.....	29
5.2 „America is back“ unter Biden: Multilateralismus unter Vorbehalt.....	32
5.2.1 Der Rückzug aus Afghanistan.....	33
5.2.2 Die USA als Sicherheitsgarant im Ukraine-Krieg.....	36
5.3 Ergebnisse und Diskussion.....	41
6 Fazit und Ausblick.....	44
Literaturverzeichnis.....	48

Abkürzungsverzeichnis

ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
AU	Afrikanische Union
CARD	Coordinated Annual Review on Defence
EDF	European Defence Fund
EES	European Security Strategy
EPF	European Peace Facility
EU	Europäische Union
FPA	Foreign Policy Analysis
GSVP	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU
IB	Internationale Beziehungen
INF	Intermediate Range Nuclear Forces
INSTEX	Instrument in Support of Trade Exchanges
JCPOA	Joint Comprehensive Plan of Action
NATO	North Atlantic Treaty Organization
OSCE	Organization for Security Co-operation in Europe
PESCO	Permanent Structured Cooperation
TTP	Trans-Pacific Partnership
UN	United Nations
WTO	World Trade Organization

1. Einleitung

Die transatlantischen Beziehungen, über Jahrzehnte hinweg das Rückgrat der liberalen internationalen Ordnung, erfuhren in den letzten Jahren einen tiefgreifenden Wandel und äußerst dynamische Wechselwirkungen (Groitl, 2024). Die USA, die bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts einen Hang zum Isolationismus aufwiesen, begannen mit Ende des Zweiten Weltkrieges damit, eine internationalistische Außenpolitik zu betreiben (Groitl, 2024). Zunächst fungierten sie während des Kalten Krieges als Sicherheitsgarant für die europäischen Staaten, die seinerzeit der Bedrohung durch die Sowjetunion ausgesetzt waren. Nach dem Zerfall der UdSSR, entwickelte sich eine unipolare Weltordnung unter US-Hegemonie. Im Verlauf der Zeit etablierte sich zwischen den USA und zahlreichen europäischen Staaten ein zunehmend dichtes Netzwerk an Institutionen, insbesondere im wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Bereich. Diese Institutionen waren auch für die mittlerweile gegründete EU von entscheidender Bedeutung. Als Beispiel für derartige Organisationen können die WTO sowie die NATO genannt werden (Mearsheimer, 2019). Diese Entwicklungen markierten den Beginn der Etablierung einer liberalen internationalen Ordnung, um die zwar Einigkeit, aber auch eine klare Rollenverteilung bestand. In diesem Sinne übernahm Washington die Führungsrolle und trug in diesem Sinne auch die höhere Belastung auf seinen Schultern, während die EU stets die Rolle des Unterstützers einnahm (Groitl, 2024). Die dahingehenden Bestrebungen verliefen zunächst äußerst erfolgreich und es konnten nach und nach immer mehr Staaten in die liberale Weltordnung integriert werden (Mearsheimer, 2019). Zu Beginn der 2000er-Jahre fing die liberale Weltordnung jedoch an zu bröckeln. Im Rahmen des „War on Terror“ begannen die USA mit Interventionen und Demokratisierungsversuchen in zahlreichen Staaten des Nahen Ostens. Da diese jedoch nach und nach scheiterten, wurden sowohl die USA als Hegemon als auch die liberale internationale Ordnung von vielen Staaten in Frage gestellt (Mearsheimer, 2019). Mit der Zeit etablierte sich China dahingehend als Herausforderer der USA und auch Russland fand zu alter Stärke zurück (Layne, 2018). Dadurch richteten die USA ihre Aufmerksamkeit zusehends weg von Europa und hin in Richtung des indopazifischen Raumes. Zudem entwickelte sich der Wunsch, dass Europa sich stabilisiert und ein handlungsfähiger Partner wird. Auch entstand in diesem Zuge erstmals der Wille der EU, sich allmählich von der starken Abhängigkeit der USA zu emanzipieren (Groitl, 2024). Diese Entwicklungen führten

jedoch nicht unmittelbar zu nennenswerten Veränderungen in der Außenpolitik der USA oder der EU im Rahmen der transatlantischen Beziehungen.

Dies änderte sich allerdings drastisch seit dem Jahre 2016. In den USA wurde in diesem Jahr mit Donald Trump ein Präsident gewählt, dessen außenpolitische Ziele bisher zwar existierten, jedoch keine hinreichende Durchsetzungsfähigkeit aufwiesen (Groitl, 2024). Die von ihm proklamierte „America-First“-Politik war begleitet von einer großen Skepsis gegenüber der EU sowie einer Abkehr vom Multilateralismus. Trump bemängelte die geringe Eigenverantwortung der EU und es folgten zahlreiche Austritte aus gemeinsamen Bündnissen. Daraufhin entstanden große Unsicherheiten in den transatlantischen Beziehungen. Darüber hinaus wurde auf diese Art und Weise die sicherheitspolitische Abhängigkeit der EU von den USA offengelegt (Puglierin, 2019). Als im Jahre 2020 mit Joe Biden ein US-Präsident mit pro-europäischer Einstellung gewählt wurde, schien sich die Situation vorerst wieder deutlich zu normalisieren. Obgleich sich der Ton Washingtons gegenüber der EU verbesserte, blieb der erwartete vollständige Bruch bezüglich der von Trump verfolgten Außenpolitik aus. Auch wenn die USA unter Biden einigen transnationalen Bündnissen wieder beitraten und sich in Richtung der EU und ihrer Mitgliedstaaten bewegten, blieb dahingehend eine gewisse Kontinuität bestehen (Sinkkonen & Martin, 2022). Zwar ließ der im Jahre 2022 von Russland gestartete Ukraine-Krieg die transatlantischen Beziehungen wieder aufleben, jedoch besteht aufgrund der immer näher rückenden Präsidentschaftswahl in den USA keine Sicherheit, dass dies auf Dauer bestehen bleibt. In der Gesellschaft der USA hat sich der „Trumpismus“ mittlerweile fest etabliert und es besteht eine große Zustimmung gegenüber der erneuten Kandidatur des Republikaners (Groitl, 2024). So wird im November dieses Jahres erneut Trump gegen Biden in der Präsidentschaftswahl antreten. Im Rahmen dieses Wahlkampfes drohte Trump unter anderem, aus der NATO auszutreten und die Unterstützungen für die Ukraine einzustellen (Daadler, 2024). Die kommende Wahl wird daher für die weiteren transatlantischen Beziehungen und die Rolle der USA im internationalen System wegweisend sein.

Betrachtet man andererseits die Außenpolitik der EU, fällt auf, dass auch in diesem Fall der Entwicklungsverlauf seit 2016 alles andere als zu erwarten war (Lamoreaux, 2019; Ridderwood & Newsome, 2018). Neben den verschlechterten transatlantischen Beziehungen stand die EU multiplen Sicherheitsbedrohungen gegenüber, auf die reagiert werden musste. Neben dem Ukraine-Krieg wären hier beispielsweise auch Instabilitäten im

Nahen Osten zu nennen. So hat sich der Fokus seit 2016 deutlich auf eine erhöhte strategische Autonomie und Unabhängigkeit verlagert. Dies wurde beispielsweise im Rahmen der erheblichen Umorientierung der GSVP von 2016 gegenüber der EES aus dem Jahre 2003 deutlich (Legrand, 2017). Mit Initiativen wie CARD, PESCO, dem EDF, der EPF oder dem strategischen Kompass wurden in diesem Sinne zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der eigenen Sicherheits- und Verteidigungskapazitäten auf den Weg gebracht. Zudem haben sich mit der Zeit immer lauter werdende Debatten um eine stärkere und souveräne EU im internationalen System entwickelt (Puglierin, 2019).

Diese Entwicklungen zeigen in ihrer Gesamtheit nicht nur einen drastischen Wandel in den transatlantischen Beziehungen. Gesondert betrachtet, hat sich die USA außenpolitisch, bis zu Beginn des Ukraine-Krieges, nach und nach von der Rolle des Sicherheitsgaranten des Westens distanziert. Gleichzeitig hat die EU den Fokus ihrer Außenpolitik im Sinne der eigenen Sicherheit auf Autonomie und Unabhängigkeit ausgerichtet. Dies deutet darauf hin, dass der außenpolitische Wandel der USA seit Trumps Wahl möglicherweise einen Einfluss auf die Entwicklung der EU-Außenpolitik genommen hat. Dementsprechend soll im Rahmen dieser Arbeit folgender Frage nachgegangen werden:

Welchen Einfluss hatte die Außenpolitik der USA seit 2016 auf die Entwicklung der EU-Außenpolitik?

Ein Blick auf die dahingehende Forschung offenbart, dass der direkte Einfluss der US-Außenpolitik auf die EU-Außenpolitik seit 2016 ein weitgehend unerforschtes Thema ist. So existiert zwar umfangreiche Literatur bezüglich der transatlantischen Beziehungen und der historischen Abhängigkeit Europas von den USA, jedoch gibt es keine Studien, die den direkten Zusammenhang der beiden außenpolitischen Ansätze wissenschaftlich untersuchen. Des Weiteren existiert dahingehend auch kein gängiger theoretischer Ansatz, der die Untersuchung des Einflusses der Außenpolitik eines Staates A auf die Außenpolitik eines Staates B adäquat ermöglichen würde. Somit besteht in der Wissenschaft eine Forschungslücke, die im Rahmen dieses Werkes anvisiert werden soll. Auch soll es dadurch ermöglicht werden, Prognosen bezüglich der weiteren Entwicklungen der EU-Außenpolitik nach der US-Präsidentenwahl zu treffen.

Um dieses Ziel zu erreichen, soll der Einfluss der US- auf die EU-Außenpolitik anhand einer theoriegeleiteten Erklärung untersucht werden. Zu diesem Zweck ist zunächst diejenige Theorie der Außenpolitikforschung zu ermitteln, die sich am besten für die Beantwortung

der Forschungsfrage eignet. Anschließend ist diese Theorie durch eine Modifikation für die angestrebte Untersuchung anwendbar zu machen. In der Folge werden auf Basis der nun vorliegenden Theorie spezifische Hypothesen bezüglich des Einflusses der USA auf die Außenpolitik der EU abgeleitet. Die anschließende Analyse stützt sich auf eine komparative sequenzielle Fallstudie. Daher wird der Untersuchungszeitraum in die beiden Legislaturperioden Trumps und Bidens unterteilt und dementsprechend eine gesonderte Betrachtung vorgenommen. Die jeweiligen zentralen außenpolitischen Handlungen der USA stellen dahingehend die Analyseeinheiten dar. Es werden jeweils zwei solcher Events und deren Auswirkungen auf die EU-Außenpolitik systematisch untersucht. Dies geschieht mit Hilfe der Methode der Kongruenz. Der Untersuchungszeitraum beschränkt sich dabei auf die Wahl Donald Trumps im Jahre 2016 bis Juni 2024. Dadurch soll das Ende des Untersuchungszeitraums möglichst nah an die kommenden Präsidentschaftswahlen im November angrenzen.

Der weitere Aufbau der Arbeit gestaltet sich folgendermaßen: Vorerst wird ein Überblick über das Konzept der Außenpolitik in Bezug auf die EU und die dahingehenden Forschungsansätze erarbeitet. Im Anschluss daran wird die am besten passende Theorie extrahiert und modifiziert. Danach können die Hypothesen sowie das Analyseraster herausgearbeitet werden. Anschließend erfolgt die empirische Analyse der jeweiligen zentralen Events innerhalb der beiden Legislaturperioden. Die darin erzielten Ergebnisse werden abschließend zusammengefasst und kritisch diskutiert. Zuletzt soll anhand der gewonnenen Erkenntnisse ein Ausblick über die weitere Entwicklung nach den kommenden US-Präsidentschaftswahlen gegeben werden.

2. Literatur-Review

Nachdem nun Schwerpunkt und Fokus dieser Arbeit einleitend dargelegt wurden, soll in diesem Kapitel vorwiegend ein Überblick über die Literatur der Außenpolitikforschung verschafft werden. Dahingehend ist vorerst der Außenpolitikbegriff in Bezug auf die EU zu konzeptualisieren, um ein klares Begriffsverständnis zu schaffen. Im Folgenden werden dann die verschiedenen Ansätze und Strömungen der Außenpolitikforschung kurz erläutert, um ein Gesamtbild herzustellen. Auch wird so eine Grundlage für die spätere Theoriwahl geliefert.

2.1 Das Konzept der Außenpolitik in Bezug auf die EU

Um den Einfluss der US-Außenpolitik auf die Entwicklung der Außenpolitik der EU zu untersuchen, muss vorerst ein spezifisches Verständnis des Außenpolitikbegriffs erarbeitet werden. Dies ist dadurch bedingt, dass in der bisherigen Forschung keine einheitliche oder dominante Definition von Außenpolitik entwickelt werden konnte (Colschen, 2010). Betrachtet man die Definition der Außenpolitik, wie sie in alltäglicher Verwendung gebraucht wird, fällt auf, wie weit das Verständnis dieses Begriffs reichen kann. So können prinzipiell alle Vorgänge und Handlungen eines Staates, die sich direkt auf das Verhältnis zu einem oder mehreren Staaten beziehen, als Außenpolitik verstanden werden (Maull, 2022.; Schubert & Klein, 2020). Zwar liegen die alltäglichen und wissenschaftlichen Definitionen nicht weit auseinander, in der Forschung wurden jedoch weitaus präzisere Auslegungen erarbeitet. So beschreiben einige Forscher Außenpolitik als das rein zielorientierte, über die Staatsgrenzen hinaus gerichtete Handeln staatlicher Akteure (Brummer & Oppermann, 2014; Morgenthau, 1949). Diese Definition weist auf eine grundsätzliche strategische und interessen geleitete Natur der Außenpolitik hin. Was die Dimensionen der Außenpolitik betrifft, bestehen in der Wissenschaft unterschiedliche Auffassungen. Einerseits existiert die Ansicht, Sicherheits- und Verteidigungsbelange würden genauso im Fokus liegen, wie wirtschaftliche, menschenrechtliche oder umwelttechnische Bestrebungen (Kaarbo et al., 2013). Andererseits wird häufig auch der Blickwinkel lediglich auf Sicherheits- und Verteidigungsbestrebungen der Akteure gelegt (Friedrich-Ebert-Stiftung, o.D.; Mearsheimer, 2001). Worüber in der Literatur zu großen Teilen Einigkeit besteht, ist, dass vor allem Sanktionen, Diplomatie, Kooperationen und Rivalitäten die zentralen Handlungen sind, über die Außenpolitik vollzogen und untersucht werden kann (Mearsheimer, 2001; Aldon & Aran, 2017; Kaarbo et al., 2013).

Was ein präzises Konzept der Außenpolitik außerdem verlangt, ist eine klare Abgrenzung von anderen Politikbereichen, wie vor allem der internationalen Politik und der Innenpolitik. Die Abgrenzung zur internationalen Politik gestaltet sich problemlos. Im Gegensatz zur Untersuchung internationaler Politik, liegt der Schwerpunkt bei der Außenpolitikforschung nicht auf der Gesamtheit zwischenstaatlicher Interaktionen im internationalen System, sondern auf den einzelnen Handlungen der untersuchten Staaten (Hellmann, 2024). Die Abgrenzung von der Außen- zur Innenpolitik gestaltet sich jedoch schwieriger, da diese beiden Politikfelder oft miteinander verschmelzen. Eine klare Abgrenzung ist jedoch zu

analytischen Zwecken nach wie vor sinnvoll (Colschen, 2010). Oft geschieht diese über die unterschiedlichen Kontexte. So findet Innenpolitik in einem geordneten, innerstaatlichen Umfeld statt, während Außenpolitik im internationalen System bei Abwesenheit eines Gewaltmonopols praktiziert wird (Colschen, 2010). Da es in dieser Arbeit um die Untersuchung der Policy-Outputs der USA und ihren Einfluss auf die Entwicklung der EU-Außenpolitik innerhalb des internationalen Systems gehen soll, sorgt diese Abgrenzung für konzeptionelle Klarheit.

Anhand der nun dargelegten Erwägungen kann Außenpolitik als zielorientierte, über die Staatsgrenzen hinaus gerichtete Handlungen staatlicher Akteure definiert werden, die auf Ebene des internationalen Systems stattfinden und sich überwiegend in Sanktionen, Diplomatie, Kooperationen sowie Rivalitäten zeigen. Grundsätzlich kann sie alle Politikfelder betreffen. Der Fokus wird jedoch auf sicherheits- und verteidigungstechnische Handlungen gelegt. Dies ermöglicht einerseits eine tiefergehende Analyse dieses Politikfeldes. Andererseits würde die Behandlung aller möglichen Dimensionen der Außenpolitik den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Außenpolitik wird zudem sowohl als konkrete Handlungen als auch in ihrer Gesamtheit als Strategie eines Akteurs angesehen (Hellmann, 2024).

Da es in dieser Arbeit um die EU als Akteurin, die Außenpolitik vollzieht, gehen soll und in der Forschung diesbezüglich gespaltene Meinungen existieren, soll im Weiteren kurz darauf eingegangen werden. Einerseits argumentieren Forscher, dass die EU in der Weltpolitik nicht als unitarische Akteurin, sondern als Transmissionsriemen der Agenden ihrer Mitgliedstaaten gesehen werden muss. Andererseits wird die EU zwar nicht als souveräner Staat, aber als einheitlich handelnde Akteurin mit einer kollektiven Identität angesehen (White, 2018; Lippert, 2020). Zweitere Sichtweise wurde vor allem durch die Neukonzeption des Governance-Begriffs nach Rosenau (1992) getragen. In diesem Sinne wurden mit der traditionellen Vorstellung von Regierungen sowie Staaten als einzige auf internationaler Ebene handelnde Akteure gebrochen und auch kollektive Akteure wie die EU beachtet. Die Rolle der EU im internationalen System wurde zudem mit der Zeit immer signifikanter und insbesondere in den letzten Jahren trat sie in Sachen Handel, Wirtschaft und Sicherheit oft als globale Akteurin auf (Allan & Smith, 1990; Lippert, 2020). Daher wird die EU in dieser Arbeit als unitarische Akteurin der Außenpolitik innerhalb des internationalen Systems betrachtet und im theoretischen Rahmen als Quasi-Staat angesehen. Die einzelnen Agenden der EU-Mitgliedstaaten werden also nicht weiter in Erwägung gezogen.

2.2 Die Außenpolitikforschung in der Politikwissenschaft

Im Anschluss an die Konzeptualisierung erfolgt nun eine kurze Darstellung der zahlreichen Ansätze zur Untersuchung der Außenpolitik. Dies ist notwendig, da diese sehr umfangreich und divers vorhanden sind. Auf diese Weise soll herausgearbeitet werden, welcher Untersuchungsansatz für diese Arbeit am besten geeignet ist.

Bei der Außenpolitikforschung und ihren Ansätzen können zwei deutliche Unterscheidungen getroffen werden. Einerseits in Bezug auf die Einflussfaktoren: so kann die Außenpolitik eines Staates sowohl von externen als auch von internen Anreizen bestimmt werden. Andererseits kann aber in diesem Sinne auch zwischen den theoretischen Herangehensweisen differenziert werden. Während die vier klassischen Theorien der IB externe Einflussfaktoren in den Blickwinkel nehmen, konzentriert sich das Subfeld der FPA auf die innerstaatliche und individuelle Ebene (Kaarbo et al., 2013). Diese Differenzierung leitet sich aus einer langen Historie dieses Forschungsfeldes ab. Anfangs wurde in der Außenpolitikforschung der Fokus überwiegend auf die Anreize aus dem internationalen System gelegt (Morgenthau, 1948; Smith, 1986). Diese Ansicht wurde mit der Zeit jedoch immer stärker kritisiert. Vor allem durch die Werke von Rosenau (1966), Snyder et al. (1954) sowie Sprout und Sprout (1956), wurde die „Black Box“ des Staates immer weiter geöffnet. So entstand das Subfeld der FPA, welches sich zunehmend auf innerstaatliche, prozessuale und auch individuelle Gegebenheiten konzentrierte (Harnisch, 2022; Hudson & Vore, 1995; Hudson, 2005; Smith, 1986). Heute kann die Außenpolitikforschung als ein Feld mit multiplen Analyseebenen und einem umfassenden Pool an theoretischen Ansätzen zutreffend als „A Hundred Flowers Bloom“ bezeichnet werden (Hudson & Vore, 1995, S. 222).

Während die FPA dahingehend sehr integrativ sowie kontextsensitiv fungiert und die Erkenntnisse zur Außenpolitik aus der IB-Forschung beachtet, kann dies andersherum nicht behauptet werden (Oppermann, 2022). So hat sich unter vielen FPA-Forschern ein klarer Wunsch nach einer weiteren Integration in die IB-Forschung etabliert (Peters, 2007). In diesem Sinne besteht in der einschlägigen Literatur eine außerordentliche Einigkeit darüber, dass die FPA einen großen Wert für die IB-Forschung bezüglich der Untersuchung von Außenpolitik besitzt. So könne eine Integration von FPA-Tugenden in die IB-

Außenpolitikforschung zu Ergänzungen, Weiterentwicklungen und spezifischeren Ansätzen beitragen (Aldon & Aran, 2017; Brummer & Oppermann, 2014; Hudson, 2005;).

Anhand dieses Überblicks wird deutlich, dass aus den zahlreichen Ansätzen zur Untersuchung der Außenpolitik stark aussortiert werden muss. Dahingehend sind die reinen Ansätze der FPA-Forschung für diese Arbeit nicht weiter relevant. Die Außenpolitik der USA ist klar als externer Einflussfaktor bezüglich der EU-Außenpolitik anzusehen. Dadurch erscheint eine Untersuchung anhand einer IB-Theorie unumgänglich. Jedoch sollten ebenfalls Elemente der FPA-Forschung in der theoretischen Konzeption enthalten sein. Einerseits kann so die Herausbildung spezifischerer Annahmen ermöglicht werden. Andererseits trägt diese Arbeit somit ebenfalls zur erwünschten Integration der FPA in das Feld der IB bei.

3. Die US-Außenpolitik und ihr Einfluss auf die EU: Theoretische Herangehensweise

Anschließend an den nun gelieferten Überblick über Konzepte und Forschungsstand bezüglich dieser Arbeit, gilt es im Folgenden einen Ansatz aus den vier großen IB-Theorien zu wählen, der die angestrebte Untersuchung am besten ermöglicht. Dieser wird danach für die spätere Anwendung modifiziert.

Der Liberalismus und Institutionalismus liefern jeweils ein weites Netz an Erklärungsansätzen. Dahingehend stehen vor allem das Handeln internationaler Organisationen und wirtschaftliche Interdependenzen zwischen den Akteuren im Vordergrund (Lantis & Beasley, 2017). Der Einfluss dieser Faktoren auf die Außenpolitik der untersuchten Staaten liegt damit im Fokus. Der Konstruktivismus legt diesen klassischerweise auf Normen und Identitäten auf internationaler Ebene. Außenpolitik wird hier als normgeleitetes, der Logik der Angemessenheit entsprechendes Agieren der jeweiligen Akteure angesehen (Oppermann, 2022). In den Ansätzen des Realismus zur Außenpolitikuntersuchung wird die relative Machtverteilung sowohl im internationalen System als auch gegenüber einzelnen Staaten analysiert. Dabei wird nicht nur die Stellung im internationalen System berücksichtigt, sondern auch das außenpolitische Verhalten

anderer Staaten als Einflussfaktor angesehen, insbesondere in ihrem Streben nach Sicherheit (Kaarbo et al., 2013).

Aus der vorliegenden Darstellung lässt sich ableiten, dass ein realistischer Ansatz die gewünschte Untersuchung am direktesten ermöglicht. Dies begründet sich darin, dass der Fokus auf den Policy-Outputs der USA und ihren Auswirkungen auf die EU-Außenpolitik liegen soll. Das konkrete außenpolitische Verhalten anderer Staaten wird dahingehend nur von realistischen Überlegungen als möglicher Einflussfaktor in Betracht gezogen. Des Weiteren erlaubt diese Vorgehensweise eine vertiefte Auseinandersetzung mit sicherheits- und verteidigungstechnischen Fragestellungen. Die spezifische Betrachtung wirtschaftlicher Interdependenzen, des Verhaltens internationaler Organisationen oder der Wirkung internationaler Normen, ist für diese Forschungsarbeit somit unwesentlich.

Die beiden maßgeblichen Außenpolitiktheorien, die sich aus dem strukturellen Realismus gebildet haben, sind der postklassische und der neoklassische Realismus (Brummer & Oppermann, 2014). Diese repräsentieren Ansätze, das klassische realistische Erklärungsmodell näher in Richtung der FPA zu bewegen. Dies geschieht in beiden Modellen über verschiedene intervenierende Variablen, die eine kontextsensitive Analyse ermöglichen. Im neoklassischen Realismus werden diese auf innerstaatlicher Ebene eingefügt. Im postklassischen Ansatz hingegen wird verstärkt auf kontextbildende Gegebenheiten und zwischenstaatliche Beziehungen geachtet (Brummer & Oppermann, 2014). Da der Fokus dieser Untersuchung nicht auf innerstaatlichen Einflüssen liegen soll, fällt auch der neoklassische Realismus aus der Auswahl. Somit bleibt der postklassische Realismus als die Theorie übrig, die die besten Ansätze liefert, um den direkten Einfluss der US-Außenpolitik auf die Entwicklung der EU-Außenpolitik zu untersuchen.

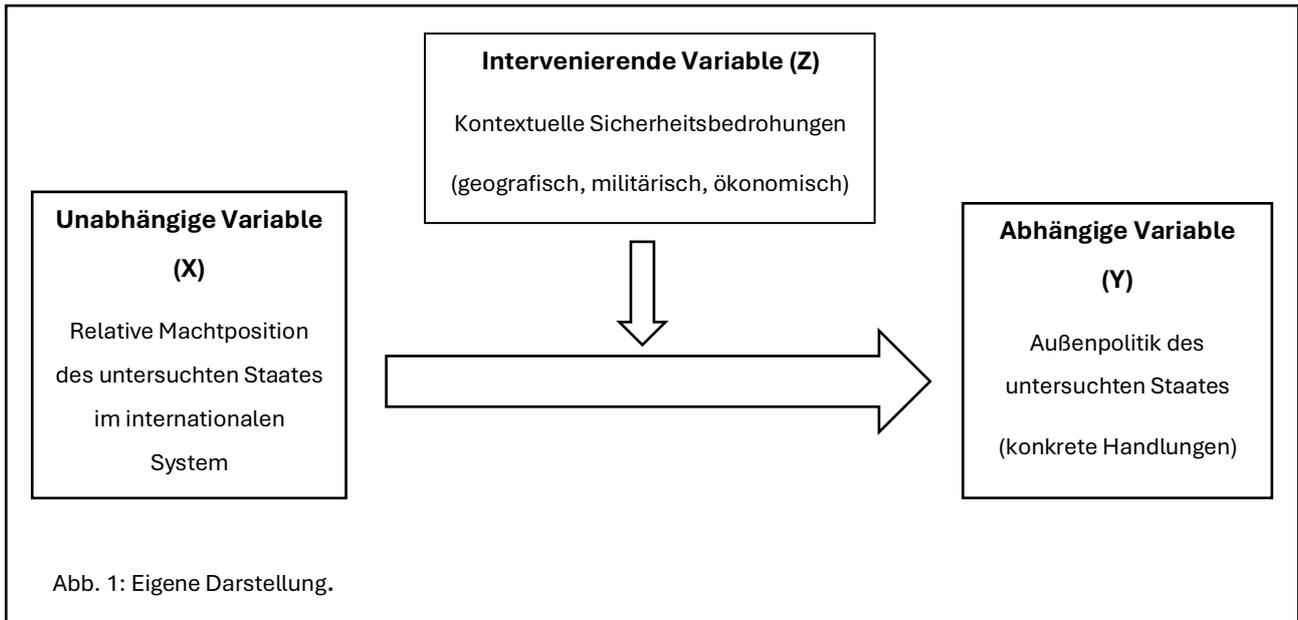
3.1 Der postklassische Realismus als Außenpolitiktheorie

Da der postklassische Realismus nun als die am besten geeignete Theorie ausgemacht wurde, wird dieser im Weiteren beschreibend dargelegt. Es werden alle Strömungen, auch wenn einige Wissenschaftler teilweise abweichende Namen entwickelt haben, unter dem Oberbegriff des postklassischen Realismus zusammengefasst. Dies ist einerseits sinnvoll, da alle Strömungen das grundlegende Ziel haben, die klassischen Ansätze des Realismus zur Außenpolitikforschung um eine kontextuelle Dimension zu erweitern (Brummer & Oppermann, 2014). Andererseits schafft dies Einheitlichkeit und Klarheit für die spätere Analyse.

Die Theorie des postklassischen Realismus zielt darauf ab, das allgemeine realistische Erklärungsmodell in Sachen Außenpolitik zu spezifizieren (Brooks, 1997). Dies soll die bisherige Unbestimmtheit verringern und empirisch überprüfbare Prognosen zur Außenpolitik von Staaten ermöglichen (Brummer & Oppermann, 2014). Die relative Machtstellung der Staaten im internationalen System bleibt ein zentraler Einflussfaktor für die staatliche Außenpolitik. Jedoch wird die Annahme hinterfragt, dass Außenpolitik ausschließlich auf strukturelle Merkmale des internationalen Systems zurückzuführen sei. Stattdessen wird argumentiert, dass Staaten auch auf variable Sicherheitsbedrohungen reagieren, die sich ad hoc im jeweiligen Kontext ergeben können (Baumann et al., 1999). Solche Sicherheitsbedrohungen können zum Beispiel durch gewisse staatliche Beziehungsmuster, die den jeweiligen Akteur unter Druck setzen, entstehen. Sie können geografischer, militärischer oder ökonomischer Natur sein und spielen für die Außenpolitik der untersuchten Staaten eine wichtige Rolle (Brummer & Oppermann, 2014; Baumann et al., 1999). Ein weiterer bedeutender Unterschied zum klassischen Realismus ist, dass konkrete außenpolitische Handlungen einzelner Staaten als abhängige Variable betrachtet werden (Brooks, 1997; Brummer & Oppermann, 2014). Der postklassische Realismus ermöglicht daher eine detailliertere und kontextsensitivere Analyse als die klassischen Ansätze des Realismus und integriert in diesem Sinne Prinzipien der FPA, ohne jedoch dessen Fokus auf innerstaatliche Gegebenheiten zu übernehmen.

Ungeachtet dessen ähneln sich die grundlegenden Annahmen klassischer und postklassischer Realismustheorien. Auch im postklassischen Realismus spielt die Annahme der Anarchie im internationalen System eine große Rolle. Innerhalb einer solchen

anarchischen Struktur streben alle Staaten im Sinne des Selbsthilfeprinzips und eigeninteressiert nach Sicherheit (Baumann et al., 1999). Die Erfüllung dieses Sicherheitsinteresses erfolgt im Rahmen des außenpolitischen Handelns durch das Streben nach Autonomie und Einfluss. Diese zentralen Begriffe werden im Folgenden nach Baumann et al. (1999) näher erläutert. Sicherheit wird als Erhalt der funktionalen Integrität und unabhängigen Identität definiert. Autonomie bedeutet formale und faktische Unabhängigkeit von anderen Akteuren. Staaten möchten ihre außenpolitische Handlungsfähigkeit in diesem Sinne maximieren und möglichst frei von positiven wie negativen Verpflichtungen sein. Eine höhere Autonomie führt zu einer höheren Sicherheit, denn dadurch lassen sich Selbsthilfestrategien effizienter umsetzen. Einfluss hingegen ist als die Kontrolle über andere Akteure und deren Außenpolitik zu verstehen. Auch dieser kann zumindest mittelbar das Sicherheitsinteresse der Staaten erfüllen. In diesem Sinne möchten die Staaten andere Akteure zu gewissen Handlungen verpflichten oder solche auch verbieten. Es soll also die Handlungsfreiheit anderer Staaten möglichst beeinträchtigt werden können, um beispielsweise Handlungen zu verhindern, die den eigenen Interessen entgegenstehen. Das Streben nach Autonomie und Einfluss ist den Staaten jedoch nur im Rahmen ihrer relativen Machtposition möglich, die sich aus der Polarität des internationalen Systems und den Machtressourcen des untersuchten Staates ergibt (Baumann et al., 1999). Aus dieser Darstellung lässt sich ableiten, dass im postklassischen Realismus zuerst die relative Machtposition des untersuchten Staates im internationalen System ermittelt wird. Diese stellt die unabhängige Variable dar. Danach werden kontextuelle Sicherheitsbedrohungen, die den Staat in seinem außenpolitischen Handeln unter Druck setzen könnten, ermittelt. Sicherheitsbedrohungen sind also als intervenierende Variable anzusehen. Schließlich wird der Einfluss dieser beiden Faktoren im Zusammenspiel auf das außenpolitische Handeln des untersuchten Staates überprüft. (Baumann et al., 1999; Brummer & Oppermann, 2014). Das kausale Verständnis des postklassischen Realismus kann also wie in Abb. 1 dargestellt angenommen werden.



Aus den nun dargestellten Annahmen und dem Kausalitätsverständnis werden ebenfalls spezifische Handlungsoptionen der Staaten herausgearbeitet. Diese möglichen Handlungsoptionen werden nach Baumann et al. (1999) auf entweder Abwehrpolitik (nach Autonomie strebend) oder Einflusspolitik (nach Einfluss strebend) beschränkt. Diese Beschränkung kann sich als äußerst fruchtbar erweisen, da sie die Ableitung spezifischer Hypothesen bezüglich staatlicher Außenpolitik erlaubt. Dementsprechend werden die beiden Formen der Außenpolitik nach Baumann et al. (1999) nun im Weiteren genauer dargelegt. Abwehrpolitik meint dabei die Bewahrung oder Stärkung der eigenen Unabhängigkeit von anderen Staaten. Ziel dieser Form der Außenpolitik ist es, sich den Einflüssen gegenüber der internationalen Umwelt bzw. einzelner Akteure zu entziehen und stets selbst für die eigene Sicherheit sorgen zu können. Dementsprechend übersetzt sich diese Strategie in außenpolitische Handlungen eines Staates, die die Freiheit von gewissen Verpflichtungen, Beeinträchtigungen des eigenen Handlungsspielraums oder Abhängigkeiten zum Ziel haben. Anzudenken wären hier beispielsweise die Ablehnung von Verpflichtungen, eine Allianzbildung gegen einen bedrohlichen Drittstaat oder das Herunterfahren gewisser Interdependenzen. Einflusspolitik hingegen meint die Sicherung oder den Ausbau der staatlichen Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Umwelt. Das Ziel hinter Einflusspolitik ist also die gezielte Lenkung bzw. Verpflichtung anderer Akteure zu Gunsten der eigenen Interessenverwirklichung. Konkret kann Einflusspolitik daher zu Versuchen der Herstellung, Aufrechterhaltung oder Verstärkung von Abhängigkeiten anderer Staaten führen. Die Stärke der jeweiligen Abwehr- oder Einflusspolitik kann je nach Kontext variieren. Handlungen zum Erhalt des Status Quo können dahingehend als Nullwert

der abhängigen Variable verstanden werden. In diesem Falle wird weder Einfluss- noch Abwehrpolitik betrieben. Internationale Institutionen und bilaterale Kooperationen sind dementsprechend die bedeutendsten Arenen, in denen diese beiden Formen der Außenpolitik ausgemacht werden können (Baumann et al., 1999).

Nach dem hypothetischen Verständnis des postklassischen Realismus werden Staaten im Rahmen ihrer relativen Machtstellung, je nach Sicherheitslage, in einem bestimmten Maße in Richtung Abwehr- oder Einflusspolitik tendieren. Steht ein Staat einer prekären Sicherheitsbedrohung gegenüber, so wird Abwehrpolitik betrieben (Brooks, 1997). In einer solchen Situation hat Einflussgewinn einen niedrigen Stellenwert und Autonomieverluste sind dem hingegen kaum hinnehmbar (Baumann et al., 1999). Besteht jedoch keine Sicherheitsbedrohung für den Staat, so wird er eher Einflussgewinne anstreben und dafür gegebenenfalls zu gewissen Teilen auch einen Autonomieverlust hinnehmen können (Brooks, 1997). Das bedeutet im Umkehrschluss: je geringer die Sicherheitsbedrohung, desto eher wird ein Staat Einflusspolitik betreiben. Je höher jedoch die Sicherheitsbedrohung, desto eher wird der Staat auf Abwehrpolitik setzen (Baumann et al., 1999).

Zusammenfassend bietet der postklassische Realismus eine erweiterte Perspektive auf die Außenpolitik, indem er auch kontextuelle Faktoren in Form von Sicherheitsbedrohungen berücksichtigt. Diese Theorie hebt damit, neben dem Einfluss der relativen Machtposition, die Bedeutung der sich dynamisch entwickelnden Sicherheitskontexte hervor, um das außenpolitische Verhalten von Staaten zu erklären. Staaten streben nach Autonomie und Einfluss, um ihre Sicherheit zu gewährleisten. Dabei können die spezifischen Handlungsoptionen, abhängig von der jeweiligen Bedrohungslage, zwischen Abwehr- und Einflusspolitik variieren.

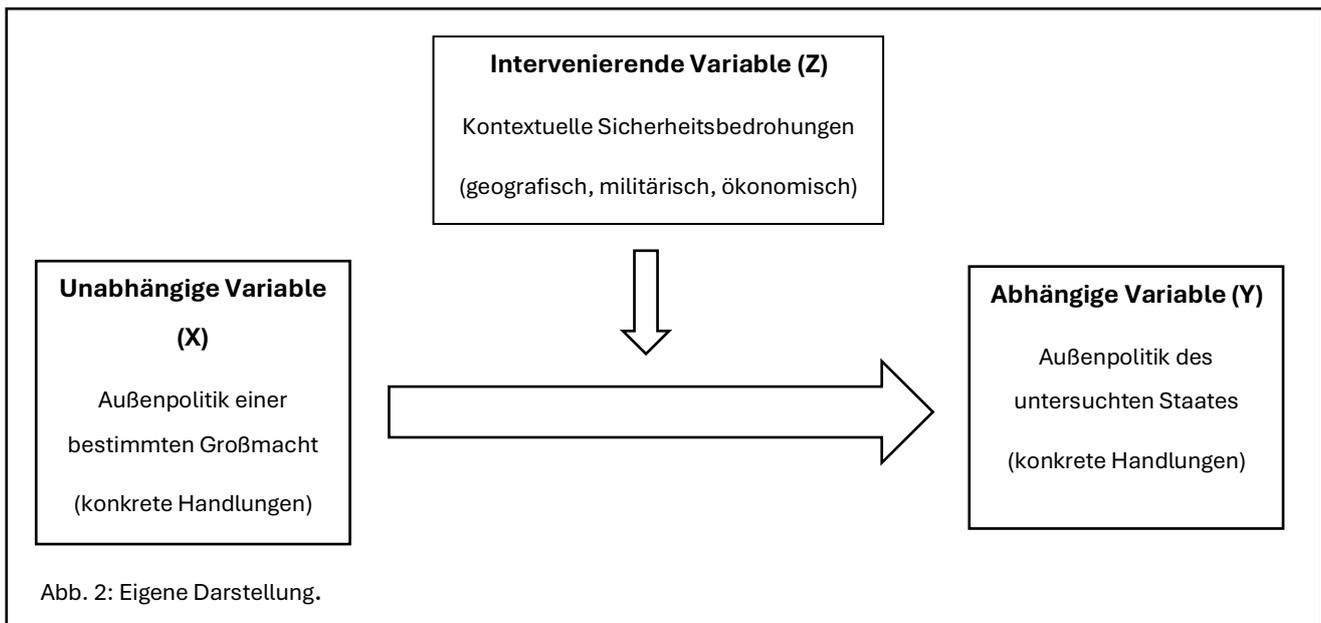
3.2 Anpassung des postklassischen Realismus: Ein Rahmen für die Analyse

Die im vorherigen Kapitel dargelegten Annahmen und Hypothesen des postklassischen Realismus liefern durchaus fruchtbare Ansätze, die auch für die Untersuchung des US-Einflusses auf die EU-Außenpolitik von Relevanz sind. Die Miteinbeziehung ad hoc entstehender Bedrohungssituationen und deren Einfluss auf die konkreten außenpolitischen Handlungen von Staaten stellt dahingehend einen interessanten Ansatzpunkt dar. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass sowohl die transatlantischen Beziehungen als auch die Bedrohungslage für die EU seit 2016 äußerst dynamisch verliefen. Auch die abhängige Variable in Form der konkreten Außenpolitik des untersuchten Staates stimmt mit der hier angestrebten Forschung überein. Für eine optimale Anwendung des postklassischen Realismus zur Untersuchung des direkten Einflusses der US-Außenpolitik seit 2016 auf die Entwicklung der EU-Außenpolitik wird im Folgenden jedoch vorerst eine Modifikation der Theorie vollzogen.

Die Notwendigkeit der Modifikation des postklassischen Realismus für die Untersuchungszwecke dieses Werkes begründet sich darin, dass die relative Machtposition des untersuchten Staates im internationalen System die unabhängige Variable darstellt (Baumann et al., 1999; Brummer & Oppermann, 2014; Brooks, 1997). In der Untersuchung des direkten Einflusses der Außenpolitik eines Staates A auf die Außenpolitik von Staat B ist jedoch die relative Machtposition von Staat B im internationalen System lediglich von untergeordneter Bedeutung. In diesem spezifischen Kontext ist es vielmehr die Außenpolitik von Staat A, die als treibende unabhängige Variable betrachtet werden muss. Daraus ergibt sich, dass im ersten Schritt die unabhängige Variable „Relative Machtposition des untersuchten Staates im internationalen System“ (siehe Abb. 1) aus dem theoretischen Modell entfernt werden muss. Bevor an dessen Stelle eine neue unabhängige Variable modelliert werden kann, muss dem postklassischen Realismus eine dementsprechende Annahme hinzugefügt werden. Dadurch wird der Rahmen der Theorie so erweitert, dass die Spezifizierung einer neuen unabhängigen Variable möglich wird (Eisend & Kuß, 2021).

In dieser hier modifizierten Variante des postklassischen Realismus wird zusätzlich angenommen, dass die Außenpolitik von Staaten grundsätzlich auch durch die konkrete Außenpolitik anderer Staaten beeinflusst werden kann. Diese Annahme muss jedoch weiter

spezifiziert werden. Im Allgemeinen ist es nämlich unwahrscheinlich, dass jeder Staat potenziell die Außenpolitik anderer Staaten signifikant beeinflussen könnte. So werden insbesondere kleine Staaten im Realismus oft als schwach und einflusslos im Rahmen des internationalen Systems angesehen (Simpson, 2018). Vielmehr sind es die Großmächte innerhalb der jeweiligen Machtverteilung, die am meisten Einfluss auf das Verhalten anderer Staaten ausüben können (Shapiro, 2015). Als Großmacht können solche Staaten definiert werden, die über die meisten militärischen und wirtschaftlichen Ressourcen verfügen. Eine Großmacht muss sich daher theoretisch selbstständig gegen jegliche führenden Staaten im internationalen System verteidigen können (Mearsheimer, 1990). Im heutigen System sind neben den USA auch China und Russland eindeutig als die zentralen Großmächte anzusehen (Wright, 2015; Mearsheimer, 2019). Im Weiteren ist dieser Annahme ebenfalls hinzuzufügen, dass eine Abhängigkeit eines untersuchten Staates von der jeweiligen Großmacht die Möglichkeit einer Beeinflussung der Außenpolitik besonders wahrscheinlich macht (Meierding & Sigman, 2021). Eine solche Abhängigkeit kann etwa ökonomischer oder militärischer Natur sein. So ist es beispielsweise unwahrscheinlich, dass China die Außenpolitik des weitestgehend unabhängigen Japans in gleicher Weise beeinflussen könnte, wie die des stark wirtschaftlich von China abhängigen Sri Lankas. Zusammenfassend wird also angenommen, dass Großmächte durch ihre außenpolitischen Handlungen umso mehr Einfluss auf die Außenpolitik anderer Staaten ausüben können, je größer deren Abhängigkeit ist. Dementsprechend wird die Variable „Außenpolitik einer bestimmten Großmacht“ als neue unabhängige Variable eingefügt. Sie wird anhand der konkreten außenpolitischen Handlungen der betrachteten Großmacht gemessen. Die Ausprägungen dieser Variable können ebenfalls von einer autonomiestrebenden bis hin zu einer einflussbestrebenden Außenpolitik reichen. Die intervenierende Variable „Kontextuelle Sicherheitsbedrohungen“ wird in gleicher Weise beibehalten. Jedoch ist hier anzumerken, dass diese in Bezug auf das vorangehende außenpolitische Verhalten der jeweiligen Großmacht untersucht werden. Die abhängige Variable bleibt ebenfalls die Außenpolitik des untersuchten Staates in Form konkreter Handlungen. Somit ergibt sich das neue Modell wie in Abb. 2 illustriert.



Die Unterscheidung der Handlungsmöglichkeiten des untersuchten Staates in Abwehrpolitik und Einflusspolitik nach Baumann et al. (1999) soll ebenfalls unverändert bleiben. Daraus ergibt sich, dass der untersuchte Staat entsprechend des außenpolitischen Verhaltens der jeweiligen Großmacht und den daraus entstehenden, kontextuellen Sicherheitsbedrohungen zu Abwehr- oder Einflusspolitik tendieren wird. Die Prognosen, wann ein Staat Abwehr- und wann Einflusspolitik betreiben wird, bleiben wie in Kap. 3.1 erläutert bestehen. Mithilfe dieser Modifizierung kann nun die Theorie auf das konkrete Forschungsproblem angewendet werden.

Es soll der Einfluss der Außenpolitik der USA seit 2016 auf die Entwicklung der EU-Außenpolitik untersucht werden. Die Außenpolitik der USA seit 2016 stellt die unabhängige Variable dar. Die Entwicklung der EU-Außenpolitik in Form konkreter Handlungen ist die abhängige Variable. Die EU ist von den USA als Großmacht wirtschaftlich, technologisch und vor allem militärisch abhängig. Einerseits sind die USA der bei weitem größte Handelspartner der EU (Europäische Kommission I, o.D.). Andererseits besteht aufgrund der geringen militärischen Ressourcen der EU eine große Abhängigkeit von der US-Unterstützung (Bergmann et al., 2021; Smith, 2004). Vor allem in Zeiten der Machtverschiebung von Westen nach Osten und dem Ukraine-Krieg, ist diese militärische Abhängigkeit sichtbarer denn je (Binnendijk et al., 2022). Die EU ist also vor allem auf die militärische Unterstützung und die aktive Teilnahme der USA innerhalb gemeinsamer Sicherheitsbündnisse wie der NATO angewiesen, um die eigene Sicherheit möglichst hochzuhalten. Daraus ergibt sich, dass eine autonomiebestrebende Außenpolitik der USA

mit hoher Wahrscheinlichkeit zu steigenden Sicherheitsbedrohungen für die EU führen könnte. Würden sich die USA aus wichtigen Militär- und Sicherheitsbündnissen mit der EU zurückziehen oder die militärische Unterstützung einstellen, müsste diese beispielsweise selbst dafür sorgen, die Ukraine zu stärken und sich gegen Russland potenziell verteidigen zu können. Die EU müsste sich dann zwangsläufig von der Abhängigkeit der USA lösen und im Sinne der eigenen Sicherheitsinteressen Ressourcen in Verteidigungsprojekte investieren. Im umgekehrten Sinne könnte die EU weitaus entspannter agieren, wenn die USA sich der Unterstützung sowie den Militär- und Sicherheitsbündnissen nachhaltig und glaubwürdig verpflichten würden. Die Anreize, Abwehrpolitik zu betreiben, wären dann deutlich geringer, da die USA als Sicherheitsgarant agieren und auftretende Bedrohungen eindämmen würden. Eine Strategie des „Trittbrettfahrens“ durch die EU und eine dementsprechend geringe Aufwendung an Ressourcen für eigene Verteidigungsprojekte läge dann nahe. Die EU könnte sich dann nämlich auf die dahingehenden Kapazitäten der USA als verbündete Großmacht verlassen (Mearsheimer, 2001). In diesem Sinne würde die ohnehin bestehende Abhängigkeit der EU von den USA weder signifikant reduziert noch erhöht werden. Trittbrettfahren kann bezüglich der Konzeptualisierung der abhängigen Variable somit zwischen Abwehrpolitik und Einflusspolitik, als Erhalt des Status Quo, angesehen werden. Dies begründet sich auch darin, dass die EU, wenn sie auf diese Weise Außenpolitik betreiben würde, weder in erhöhtem Maße nach Einfluss noch nach Autonomie streben würde. Aus diesen Überlegungen können folgende Hypothesen abgeleitet werden:

H1: Eine autonomiestrebende Außenpolitik der USA führt zu erhöhten Sicherheitsbedrohungen für die EU, die dementsprechend Abwehrpolitik betreiben muss

H2: Agieren die USA glaubwürdig als Sicherheitsgarant, werden Sicherheitsbedrohungen für die EU eingedämmt, die dementsprechend Trittbrettfahren kann

Durch die Anpassung des postklassischen Realismus und die Herausarbeitung der beiden Hypothesen wurde nun ein theoretischer Rahmen für die Beantwortung der Forschungsfrage erarbeitet. Die Hypothesen sollen im Weiteren anhand der Empirie überprüft werden.

4. Methodische Umsetzung

Bevor die Analyse anhand des oben erarbeiteten theoretischen Rahmens durchgeführt wird, gilt es, zunächst die methodische Umsetzung darzulegen. Die Gültigkeit der abgeleiteten Hypothesen kann nämlich nur über eine strukturierte methodische Überprüfung eindeutig angenommen oder abgelehnt werden (Eisend & Kuß, 2021). Zunächst wird die Auswahl der Fälle zur weiteren Analyse beleuchtet. Dies ist in diesem Kontext äußerst wichtig, da durch die genaue Darstellung der Fallauswahl neben der empirischen Untersuchung auch eine valide Beurteilung des theoretischen Rahmens ermöglicht wird (Gschwend & Schimmelfennig, 2007).

4.1 Der Einfluss der US- auf die EU-Außenpolitik seit 2016 als vergleichende Fallstudie

Betrachtet man die Entwicklungen der US-Außenpolitik und der Beziehung zur EU seit 2016, fällt auf, dass vor allem innerhalb der beiden Legislaturperioden von Trump und Biden erhebliche Unterschiede in der außenpolitischen Herangehensweise ausgemacht werden können (siehe Kap. 1). Von diesem Gesichtspunkt aus, würde sich eine Unterteilung des gesamten Untersuchungszeitraums in diese beiden Legislaturperioden für die Analyse anbieten. Daher wäre eine komparative sequenzielle Fallstudie eine vielversprechende Variante, die Fallauswahl und anschließende Analyse zu gestalten. Diese Art der vergleichenden Fallstudie ist nämlich besonders zur Erforschung politischer Entwicklungen über bestimmte Zeiträume geeignet. Sie kann somit zu einem erweiterten Verständnis von Wandel, Zusammenhängen und möglichen Kausalitäten beitragen (George & Bennet, 2005). Bei einer komparativen sequenziellen Fallstudie werden einzelne, längere „ganze Fälle“ in zwei Sequenzen (Subfälle) unterteilt. Innerhalb dieser beiden Sequenzen werden dann die wichtigsten Events analysiert, miteinander verglichen und in den Gesamtzusammenhang eingeordnet. Auf diese Weise kann eine solche Fallstudie innerhalb des untersuchten Zeitraums die Grundlage für generalisierbare Aussagen über einen möglichen Gesamtzusammenhang schaffen (Falleti & Mahoney, 2015).

Die relevanten Schlüsselbegriffe einer komparativen sequenziellen Fallstudie sind also Sequenzen und Events. Diese werden im Folgenden nach Falleti & Mahoney (2015) kurz definiert. Sequenzen sind als die beiden ausgewählten Subfälle des untersuchten „ganzen Falles“ anzusehen. Sie beinhalten jeweils eine Reihenfolge von sogenannten Events, die in einem gewissen Kontext stattfinden. Diese Events sind die zentralen Ereignisse im Rahmen des untersuchten Zeitraums und ausschlaggebend für das jeweilige Ergebnis. Sie können als Bausteine der Sequenzen definiert werden, die sich im jeweiligen Kontext entfalten. Events sind also die zentralen Analyseeinheiten und Hauptbestandteil des angestrebten Vergleichs bei einer solchen Fallstudie. Somit müssen innerhalb der ausgewählten Sequenzen die wichtigsten Events ausgemacht und näher beleuchtet werden. Dabei können insbesondere die Reaktionen, die durch bestimmte Events hervorgerufen wurden, im Rahmen der Analyse gewisse Zusammenhänge und Einflüsse aufzeigen. Auf diese Weise können kausale Ketten identifiziert werden, die von X zu Y führen (Falleti & Mahoney, 2015).

In Bezug auf die Untersuchung des Einflusses der US-Außenpolitik seit 2016 auf die Entwicklung der EU-Außenpolitik kann also der Untersuchungszeitraum von 2016 bis Juni 2024 als der „ganze Fall“ angesehen werden. Dieser wird im Rahmen der Fallstudie in die beiden Legislaturperioden von Trump und Biden als Sequenzen unterteilt, da dies sowohl zeitlich als auch inhaltlich passend ist. Die Events innerhalb dieser Sequenzen sind dann die konkreten außenpolitischen Handlungen. Somit gilt es, jeweils die zentralen außenpolitischen Handlungen der USA darzulegen und im Rahmen der Analyse die dadurch entstehenden Sicherheitsbedrohungen sowie die schlussendlichen Reaktionen der EU zu untersuchen. Die Events werden anhand empirischer Daten aus einschlägigen Primär- und Sekundärquellen identifiziert. Diese Vorgehensweise ermöglicht es, die unterschiedlichen außenpolitischen Ansätze der USA seit 2016 sowie deren Auswirkungen auf die EU klar herauszustellen und miteinander in Verbindung zu bringen. Außerdem können so spezifische Zusammenhänge aufgedeckt und verglichen werden.

Alles in allem liefert eine komparative sequenzielle Fallstudie für die angestrebte Untersuchung dieser Arbeit einen fruchtbaren Ansatz, um systematisch an generalisierbare Erkenntnisse zu gelangen. Wichtig ist an dieser Stelle jedoch zu erwähnen, dass zur Untersuchung der Events eine fallinterne Analysemethode angewendet werden muss. Nur auf diese Weise kann eine mögliche kausale Inferenz systematisch nachgewiesen werden (Falleti & Mahoney, 2015). Die dahingehende Methode wird im Weiteren dargestellt.

4.2 Die Methode der Kongruenz

Nachdem die Fallauswahl für die Analyse dargestellt wurde, gilt es nun, die Methodik näher zu beleuchten. Die Methode der Kongruenz ist eine fallinterne Methode zur kausalen Interpretation und eignet sich besonders gut, um Zusammenhänge im Rahmen theoriegeleiteter Arbeiten herauszuarbeiten (George & Bennett, 2005). Durch diese Methodik kann auch in Forschungsgebieten wie der Außenpolitik, in der eine außerordentliche Fülle an möglichen Einflussfaktoren existiert, systematisch nach Kausalitäten gesucht werden (George & Bennett, 2005). Des Weiteren ist die Methode der Kongruenz nicht nur eine oft verwendete Herangehensweise, um mögliche Kausalitäten nachzuweisen, sondern auch, um Theorien zu entwickeln sowie zu testen (George & Bennett, 2005). Ein Aspekt, der auch im Rahmen dieses Werkes von hoher Relevanz ist. Einerseits kann so der Einfluss der US-Außenpolitik auf die Entwicklung der EU-Außenpolitik systematisch untersucht werden. Andererseits wird die, zu diesem Zwecke selbst angepasste, Variante des postklassischen Realismus gleichzeitig auf ihre Funktionalität getestet. Somit ist die Methode der Kongruenz ein passender Ansatz, um die nachfolgende Analyse zu gestalten. Im Weiteren wird die dahingehende Vorgehensweise sowohl abstrakt als auch in Bezug auf die behandelte Forschungsfrage ausgeführt.

Bei der Methode der Kongruenz stellt die Theorie den Ausgangspunkt und das zentrale Analyseinstrument dar. In diesem Sinne wird vorerst der Wert der unabhängigen Variable ermittelt. Nun wird herausgearbeitet, welche Vorhersage für den Y-Wert sich aus der Theorie ergibt. Dieser Vorhersagewert kann dann mit dem tatsächlichen Ergebnis aus den empirischen Befunden abgeglichen werden (George & Bennett, 2005). Eine dahingehende Kongruenz kann bezüglich der erwarteten Richtung, Größe und Dimension vorhanden sein. Existiert eine Übereinstimmung der Vorhersage mit dem tatsächlichen Ergebnis, kann zumindest in Betracht gezogen werden, dass eine kausale Beziehung vorhanden ist (George & Bennett, 2005). Um jedoch ungerechtfertigten Aussagen über mögliche Kausalitäten entgegenzuwirken, müssen weitere Überlegungen angestellt werden. Denn einerseits könnte der herausgefundene Zusammenhang von X und Y durch eine nicht identifizierte Variable Z beeinflusst werden. Andererseits könnte X selbst nur eine intervenierende Variable sein, die keinen unabhängigen Einfluss auf Y ausübt (George & Bennett, 2005). Auch muss sichergestellt werden, dass kein anderer Einflussfaktor als die

unabhängige Variable für das Ergebnis von Y allein verantwortlich sein könnte. X muss also zweifelsohne als notwendige Voraussetzung von Y identifiziert werden (George & Bennett, 2005). Diese möglichen Störfaktoren machen es notwendig, die Plausibilität einer gefundenen Kongruenz systematisch und argumentativ zu überprüfen. Auf der einen Seite können eine präzise formulierte Theorie und eine erhöhte Anzahl an überprüften Ereignisse für eine grundlegende Konsistenz der Untersuchung sorgen. Auf der anderen Seite sollten jedoch zusätzlich hypothetische und kontrafaktische Überlegungen als Beurteilungshilfen herangezogen werden (George & Bennett, 2005). Dabei werden alternative Szenarien erstellt, die zu einem tieferen Verständnis der Interaktion der Variablen führen sollen. Kontrafaktische Szenarien ermöglichen eine argumentative Erörterung, die überprüft, ob andere Ergebnisse von Y bei einem gleichbleibenden X-Wert ebenfalls logisch nachvollziehbar gewesen wären. Durch hypothetische Szenarien wird überprüft, ob abweichende X-Werte gleichermaßen zum Ergebnis von Y hätten führen können (George & Bennett, 2005). Kann argumentativ ausgeschlossen werden, dass solche Störfaktoren im Rahmen der gefundenen Kongruenz existieren, stützt dies das Bestehen einer möglichen Kausalität. Auch wird so die Prognosekraft der Theorie untermauert.

Bezüglich der spezifischen Untersuchung des Einflusses der Außenpolitik der USA seit 2016 auf die Entwicklung der EU-Außenpolitik, fungiert die Methode der Kongruenz dann wie folgt. Zuerst werden die wichtigsten außenpolitischen Handlungen der USA, zunächst unter Trump und danach unter Biden, anhand der erhobenen Daten ausgemacht. Danach werden die Vorhersagen des angepassten postklassischen Realismus dargelegt. Diese Vorhersagen werden dann mit den empirischen Befunden aus den erhobenen Daten abgeglichen. Können dahingehend Kongruenzen ermittelt werden, deutet dies auf eine möglicherweise bestehende Kausalität hin. Um dies argumentativ zu stützen, werden gegebenenfalls die oben genannten Überlegungen angestellt.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Methode der Kongruenz bei konsequenter Anwendung das Potenzial mitbringt, trotz der Fülle an möglichen Einflussfaktoren in der Außenpolitikforschung, zu überzeugenden Ergebnissen zu gelangen (George & Bennett, 2005). Vor allem die weit spezifizierte Theorie und die Anzahl an Events, die untersucht werden sollen, können hier die konsistente Aufdeckung bestehender Zusammenhänge begünstigen. Somit wird es anhand dieses Vorgehens ebenfalls möglich, weitestgehend an generalisierbare Aussagen bezüglich des US-EU-Einflusses im Untersuchungszeitraum zu gelangen.

5. Die US-Außenpolitik und ihr Einfluss auf die EU seit 2016

Nun, da das Analyseraster erarbeitet und die Methodik dargelegt wurde, soll in diesem Kapitel die empirische Analyse erfolgen. Es werden jeweils zwei zentrale Events der beiden Sequenzen ausgemacht und kurz empirisch dargelegt. Eine höhere Anzahl an analysierten Events könnte zwar zu gefestigteren Ergebnissen führen, würde jedoch den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Da der Fokus dieser Analyse auf Außenpolitik bezüglich Sicherheit und Verteidigung liegen soll, wird dementsprechend nur dieses Politikfeld fokussiert. Im Anschluss wird die Analyse wie in der oben beschriebenen Reihenfolge ausgeführt.

5.1 „America-First“- Politik unter Trump: Unilaterale Autonomie

Mit ihrer Politikgestaltung nach Grundsätzen wie „America First“ oder „Amerikanismus statt Globalismus“ begleitete die Legislaturperiode unter Präsident Trump eine äußerst isolationistische Außenpolitik (Schaller, 2019; Rudolf, 2017). Dahingehend standen die Souveränität und Unabhängigkeit der USA stets an oberster Stelle. Insbesondere Trumps Rhetorik sorgte bei den europäischen Verbündeten der USA für Aufsehen. Stets betonte dieser, dass andere Demokratien ihr eigenes Schicksal kontrollieren müssten und die Vereinigten Staaten nicht länger an einer globalen Führungsrolle interessiert seien (Schaller, 2019). Aussagen wie diese schädigten das Vertrauen der europäischen Staaten in die USA als Sicherheitsgarant (Siewert & Böller, 2020). Es blieb jedoch nicht nur bei solchen rhetorischen Andeutungen. Unter Trump folgte ein sukzessiver Rückzug aus multilateralen Institutionen und eine Loslösung aus internationalen Verpflichtungen (Schaller, 2019). Zum Beispiel wären hier die Rückzüge aus dem Pariser Klimaabkommen oder dem TTP zu nennen. In Sachen Sicherheitspolitik waren die Austritte aus dem JCPOA und dem INF-Vertrag die Handlungen, die international für das meiste Aufsehen sorgten (Schaller, 2019; Siewert & Böller, 2020). Sie spiegeln die außenpolitische Agenda Trumps in Sachen Sicherheits- und Verteidigungsbelangen dahingehend wider. Somit können die Rückzüge aus diesen bedeutenden Sicherheitsabkommen als die zentralen Events

bezüglich der US-Außenpolitik unter Trump angesehen werden. Im Folgenden werden diese anhand des Analyserasters untersucht.

5.1.1 Der Rückzug aus dem JCPOA

Der JCPOA ist eine Vereinbarung zwischen dem Iran und fünf weiteren Staaten (China, Russland, Deutschland, Frankreich, Vereinigtes Königreich) sowie der EU. Sie dient dazu, den Iran zu verpflichten, sein Nuklearprogramm herunterzufahren. Damit soll eine atomare Aufrüstung des Iran verhindert werden (Auswärtiges Amt, 2024). Die USA waren ebenfalls Teil dieses Bündnisses, bis Trump im Jahre 2018 den Austritt beschloss. Dies wurde dadurch begründet, dass der Vertrag den US-Sicherheitsinteressen entgegenstehen würde. Zudem wurden die bis dahin heruntergefahrenen Wirtschaftssanktionen der USA gegenüber dem Iran erneut aufgenommen. Auch Unternehmen anderer Staaten waren davon betroffen und die USA legten eine Deadline fest, bis wann diese Staaten ihre Wirtschaftskooperationen mit dem Iran einstellen sollten (The White House, 2018).

Theoretische Erwartungen

Der Rückzug der USA aus dieser multilateralen Vereinbarung kann, insbesondere vor dem Hintergrund Trumps Rhetorik, als Akt des Autonomiestrebens betrachtet werden. Dies ergibt sich allein daraus, dass sich die USA durch diesen Austritt Verpflichtungen, die entgegen ihren Interessen standen, entzogen haben. Im Sinne des angepassten postklassischen Realismus würde nach H1 davon ausgegangen werden, dass dieser US-Rückzug zu erhöhten Sicherheitsbedrohungen für die EU geführt hat. Des Weiteren würde man erwarten, dass die EU aufgrund dessen dazu gezwungen war, Abwehrpolitik zu betreiben.

Kontextuelle Sicherheitsbedrohung

Der Austritt sorgte im Nahen Osten für große Unruhen. Der Iran drohte zunächst damit, seine nuklearen Aktivitäten erneut hochzufahren (Eisenstadt, 2018). Dies führte zu Misstrauen Israels gegenüber dem Iran und eine nukleare Aufrüstungsspirale bahnte sich an (Cordesman, 2021; Thimm, 2018). Eine solche Unruhe im persischen Golf stand den Sicherheitsinteressen der EU massiv entgegen. Die wachsenden Unsicherheiten beherbergten einerseits das Risiko weiterer humanitärer Katastrophen im Nahen Osten und daraus resultierender Flüchtlingsströme in Richtung der EU. Andererseits brachte diese intransparente Entwicklung zusätzlich erhöhte terroristische Bedrohungen mit sich (Thimm,

2018; Europäisches Parlament, 2020). So wurde auch im Rahmen eines ministerialen Treffens der Mitglieder des JCPOA von Seiten der EU betont, dass die Aufrechterhaltung des Abkommens ein Schlüsselement zur nuklearen Nichtverbreitung und der internationalen Sicherheit darstelle (EEAS, 2020). Daher kann die Entstehung einer erhöhten Sicherheitsbedrohung für die EU durch den US-Austritt aus dem JCPOA bejaht werden. Somit trifft die Erwartung der Theorie zumindest bezüglich des ersten Teils von H1 zu. Nun gilt es, einen Blick auf die konkreten Reaktionen der EU zu werfen.

Die Reaktion der EU

Direkt nach dem Rücktritt der USA aus dem JCPOA betonte die damalige hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik der EU, dass das Abkommen um jeden Preis aufrechterhalten bleiben sollte (Thimm, 2018). Dazu wurde der Hauptfokus der Außenpolitik darauf gelegt, sich in Sachen Iran-Politik von Washingtons Entscheidungen unabhängig zu machen und eine eigene Strategie zu verfolgen. So wurde beispielsweise ein „Civil nuclear cooperation Package“ im Wert von 10 Millionen Euro für den Iran bereitgestellt. Außerdem fand eine intensive Zusammenarbeit mit Russland und China zur Aufrechterhaltung des JCPOA statt (Europäisches Parlament, 2020). Zusätzlich dazu unternahm die EU aktive Maßnahmen, um die wirtschaftlichen Kooperationen mit dem Iran trotz der US-Sanktionen aufrechtzuerhalten. Hier wäre beispielsweise die Einrichtung des „Due Diligence Helpdesk on EU Sanctions“ zu nennen. Dieses Instrument unterstützte kleine und mittlere EU-Unternehmen dabei, ihren Handel mit dem Iran weiterzuführen (IHK, 2021). Zudem unterstützte die EU die INSTEX-Initiative. Ein von Deutschland, Frankreich und Großbritannien gegründetes Projekt, welches ebenfalls darauf abzielte, den weiteren Handel mit dem Iran zu erleichtern (IHK, 2021).

All diese Reaktionen zeigen den Willen der EU auf, die Abhängigkeit von den USA zu reduzieren. Anzeichen dafür sind die Betonungen von Seiten der EU eine eigene Iran-Strategie verfolgen zu wollen. Auch die Kooperation mit Russland und China zur Aufrechterhaltung des Vertrages bekräftigt diese Vermutung. Durch die Aufwände, die wirtschaftlichen Beziehungen zum Iran aufrecht zu erhalten wird ebenfalls der Wille, sich den Beeinträchtigungen des Handlungsspielraums durch die US-Sanktionen zu entziehen, sichtbar. Denn rein wirtschaftlich betrachtet wären die Geschäfte im Iran es nicht wert gewesen, die US-Sanktionen zu riskieren (Thimm, 2018). Daraus ergibt sich, dass die EU auf den JCPOA-Austritt der USA mit Abwehrpolitik im Sinne des postklassischen Realismus reagierte. Somit ist in diesem Fall das nach H1 erwartete Ergebnis eingetreten.

Hypothetische und kontrafaktische Überlegungen

Die Analyse im Falle des JCPOA-Austritts der USA deutet definitiv auf eine mögliche Kausalität zwischen autonomiebestrebender US-Außenpolitik und der Abwehrpolitik der EU hin. Um dieses Ergebnis jedoch zu festigen, werden im Folgenden hypothetische und kontrafaktische Überlegungen angestellt.

Fraglich ist, ob hypothetisch gesehen ein gleiches Handeln der EU zu erwarten gewesen wäre, hätten die USA den JCPOA nicht verlassen. Dahingehend wäre die Situation im Nahen Osten mit hoher Wahrscheinlichkeit stabiler geblieben. Der Iran hätte dann keinen Grund bzw. keine Möglichkeit gehabt, sein Atomprogramm wieder verstärkt aufzunehmen. Ohne dieses Handeln wäre das Risiko einer entstehenden Aufrüstungsspirale im Nahen Osten kaum denkbar gewesen. Somit wäre solch eine Sicherheitsbedrohung für die EU wohl nicht entstanden. Die großen Bemühungen, das Abkommen aufrechtzuerhalten wären in diesem Falle nicht notwendig gewesen. Auch wären bei einem US-Verbleib keine Wirtschaftssanktionen gegen den Iran verhängt worden. Daher hätte die EU keinen Grund gehabt, Initiativen wie den „Due Diligence Helpdesk on EU Sanctions“ zu ergreifen, um sich den Sanktionen zu entziehen. Daraus ergibt sich, dass ein ähnliches Handeln der EU bei einem US-Verbleib im JCPOA nicht zu erwarten gewesen wäre.

Außerdem sollte hinterfragt werden, ob ein anderes Verhalten der EU nach dem US-Rückzug ebenfalls logisch nachvollziehbar gewesen wäre. So hätte die EU beispielsweise die Handelsbeziehungen zum Iran einstellen und die US-Strategie unterstützen können. Dadurch wären die Geschäfte mit dem Iran hinfällig gewesen und die Beziehungen hätten sich höchstwahrscheinlich generell verschlechtert. Es ist nämlich anzunehmen, dass der Iran das Vertrauen in die EU als Kooperationspartner verloren hätte. Zudem wäre ein solches Handeln für eine Loslösung der Abhängigkeit der EU von den USA in Bezug auf die Iran-Strategie wohl nicht zuträglich gewesen. Auch der instabilen Lage im Nahen Osten und einer drohenden Aufrüstungsspirale wäre so in keiner Weise entgegengewirkt worden. Ein solches Handeln hätte also wohl kaum zu einer Bewahrung der Sicherheitsinteressen der EU beigetragen und erscheint somit unlogisch.

Zusammenfassend unterstützen die angestellten Überlegungen die Annahme einer möglicherweise vorhandenen Kausalbeziehung und legen den US-Austritt aus dem JCPOA als notwendige Bedingung für die folgende Abwehrpolitik der EU nahe.

5.1.2 Der Rückzug aus dem INF-Vertrag

Nach dem Rückzug aus dem JCPOA erfolgte ein Jahr später der Austritt der USA aus dem INF-Vertrag mit Russland. Dieser war dazu bestimmt, den Einsatz von Kurz- und Mittelstreckenraketen mit nuklearen oder konventionellen Sprengladungen zu limitieren. Dahingehend gab die US-Regierung bekannt, Russland habe die vertraglichen Bestimmungen gebrochen und die USA wolle sich damit nicht länger an die Verpflichtungen des Abkommens halten (Pompeo, 2019; Lopez, 2019).

Theoretische Erwartungen

Auch der Austritt der USA aus dem INF-Vertrag spiegelt die autonomiestrebende Außenpolitik Washingtons unter Trump wider. Durch den Rückzug entzogen sich die USA der Limitation der Nutzung von Kurz- und Mittelstreckenraketen, welche von den USA als benachteiligende Einschränkung des eigenen Handlungsspielraums angesehen wurde (Pompeo, 2019). Damit würde man im Sinne des angepassten postklassischen Realismus und H1 wieder davon ausgehen, dass diese Handlung der USA zu erhöhten Sicherheitsbedrohungen für die EU geführt hat. Außerdem würde man als Reaktion der EU erneut Abwehrpolitik erwarten.

Kontextuelle Sicherheitsbedrohung

Der INF-Vertrag wurde seitens der EU als Eckpfeiler der europäischen Sicherheitsordnung bezeichnet (Europäisches Parlament I, 2019). Dementsprechend sorgte der Austritt der USA für große Sorge bezüglich der Sicherheit der EU. Einerseits eröffnete diese Handlung die Angst, zurück in eine Aufrüstungsspirale zwischen Russland und den USA zu gelangen (Bundestag, 2019). Eine solche hätte die EU erneut in die Schusslinie nuklearer Waffen gebracht. Andererseits stellte nun das geografisch nahe gelegene Russland eine deutlich größere Sicherheitsbedrohung für die EU dar als zuvor. So begann Russland nicht nur die Raketenarsenale zu befüllen. Der russische Präsident Putin drohte ebenfalls damit, jedes EU-Land anzugreifen, welches die Stationierung solcher US-Raketen zulasse (Bundestag, 2019; Europäisches Parlament I, 2019). Somit wird klar, dass durch die Kündigung des INF-Vertrages durch die USA erhebliche Sicherheitsbedrohungen für die EU entstanden sind. Daher trifft die Erwartung der H1 erneut zu.

Die Reaktion der EU

Im Gegensatz zur NATO oder auch zu Großbritannien, teilte die EU die Meinung nicht, ein Rückzug der USA aus dem INF-Vertrag sei gerechtfertigt gewesen (Baev, 2018). So unternahm sie nach der Kündigung zunächst alles in ihrer Macht Stehende, um die USA und Russland von einer Wiederaufnahme des Vertrags zu überzeugen. Nachdem jedoch vergeblich alle politischen und diplomatischen Mittel in Anspruch genommen wurden, entstanden laute Debatten über die Erschaffung eigener Initiativen (Europäisches Parlament II, 2019). So wurde unter anderem vorgeschlagen, Ressourcen in die Verstärkung der militärischen Fähigkeiten zu investieren. Zusätzlich strebte die EU die Erschaffung einer eigenen Rüstungskontrollagenda gegenüber Russland, aber auch auf internationaler Ebene an (Europäisches Parlament III, 2019; Gressel, 2019). Außerdem verstärkte sich der Wille der EU, die eigene Position in Sachen Sicherheitspolitik auf internationaler Ebene zu verbessern. Beispielsweise wurde angegeben, man wolle nun eine konstitutive Rolle einnehmen, um internationale Abrüstungsverträge und Rüstungskontrollen zu erarbeiten. Außerdem wurden die Mitgliedstaaten in einem Beschluss dazu aufgefordert, entsprechend zu handeln und sich für die Abrüstung einzusetzen (Europäisches Parlament II, 2019; Gressel, 2019). Grundsätzlich wurden der Wille bezüglich der außenpolitischen Gestaltungsfähigkeit, mehr strategische Autonomie und Souveränität zu erreichen, im Rahmen dieser Diskurse gestärkt und dahingehende Initiativen gefordert (Lippert et al., 2019).

Auch in diesem Fall wird unmittelbar nach dem US-Austritt ein deutlicher Wille der EU sichtbar, selbst dafür zu sorgen, die eigenen Sicherheitsinteressen zu bewahren. Dieser Wille übersetzte sich in Forderungen nach einer verbesserten Stellung im internationalen System, Bestrebungen ein bilaterales Abrüstungsabkommen mit Russland zu schließen und den Fokus darauf, mehr strategische Autonomie zu erreichen. Die Zielsetzung dieser Reaktionen bestand darin, unabhängig von den Handlungen Washingtons zu werden und zukünftig die eigenen Sicherheitsinteressen selbst schützen zu können. Damit reagierte die EU hier ebenfalls mit Abwehrpolitik auf das außenpolitische Handeln der USA. Auch hier ist das nach H1 erwartete Ergebnis eingetreten.

Hypothetische und kontrafaktische Überlegungen

Durch diesen empirischen Befund rund um den US-Austritt aus dem INF-Vertrag ist der Schluss auf eine mögliche Kausalität erneut naheliegend.

Jedoch ist zunächst die Frage zu stellen, ob die EU in gleicher Art und Weise gehandelt hätte, wenn der INF-Vertrag nicht von den USA gekündigt worden wäre. Dahingehend ist festzuhalten, dass ein Fortbestehen des Abrüstungsvertrages zweifellos eine derartig wahrgenommene Sicherheitsbedrohung für die EU verhindert hätte. Dies wird allein durch die Bezeichnung des Vertrages als Eckpfeiler der europäischen Sicherheitsordnung durch die EU selbst deutlich (Europäisches Parlament I, 2019). Dementsprechend wäre auch kein Bedarf an unabhängigen Initiativen zur Schließung eines neuen Abrüstungsvertrages mit Russland entstanden. Die Bestimmungen des INF-Vertrages hätten Russland ohnehin von einer starken Aufrüstung abgehalten. Hier könnte man einwenden, dass die Kündigung durch die USA auf Vertragsbrüche Russlands zurückzuführen war. Im Diskurs war jedoch umstritten, ob dies der tatsächliche Grund war oder ob die USA selbst mehr von der Kündigung profitierten. Den USA bot sich damit nämlich die Möglichkeit, Russland durch Stationierungen weiterer Raketen auf den Staatsgebieten verbündeter europäischer Staaten weiter unter Druck zu setzen, was umgekehrt nicht möglich war (Bundestag, 2019). Debatten um mehr Souveränität und Autonomie gab es bereits vor der INF-Kündigung, weshalb hier ebenfalls eine Kausalität hinterfragt werden muss (Rat der Europäischen Union, 2016). Es kann jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass die erhöhte Bedrohungswahrnehmung nach dem US-Austritt den politischen Druck diese Debatten in konkrete politische Maßnahmen umzusetzen deutlich verstärkt hat. Ein Verbleib der USA hätte höchstwahrscheinlich nicht zu einer solchen Beschleunigung und Verhärtung des Autonomiestrebens der EU geführt.

Zudem ist fraglich, ob ein anderes Handeln der EU nach dem Austritt der USA ebenfalls logisch nachvollziehbar gewesen wäre. Anzudenken wäre hier eine Unterstützung der USA bei deren Austritt und die Intensivierung der dahingehenden Zusammenarbeit zum Schutze der eigenen Sicherheit. Dies hätte jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Spannungen mit Russland und einer drohenden Aufrüstungsspirale geführt, da Russland eine potenzielle Stationierung neuer US-Raketen auf EU-Gebiet als Bedrohung wahrgenommen hätte (Europäisches Parlament I, 2019). Dies hätte den Sicherheitsinteressen der EU definitiv entgegengestanden. Somit überzeugt auch dieses Handlungsszenario nicht mit Logik.

Aus diesen alternativen Szenarien ergibt sich, dass der Austritt der USA aus dem INF-Vertrag ähnliche Wechselwirkungen wie der oben analysierte JCPOA-Rückzug aufzeigt. Dies legt den Schluss nahe, dass auch dieses außenpolitische Handeln der USA die notwendige Bedingung für die folgende Abwehrpolitik der EU war. Dadurch wird die Vermutung einer möglichen Kausalität im Sinne der H1 bekräftigt.

5.2 „America is back“ unter Biden: Multilateralismus unter Vorbehalt

Die Legislaturperiode unter Joe Biden stand von Anfang an unter dem Lichte des Grundsatzes „America is back“. Dementsprechend sollte die Außenpolitik darauf hinwirken, dass US-Standing in der internationalen Politik nach Trumps Legislaturperiode durch Multilateralismus und Diplomatie wieder zu verbessern (World Politics Review, 2024). So setzte sich Biden für eine Reanimierung der belasteten transatlantischen Beziehungen ein, um eine starke Allianz gegen China und auch Russland zu formieren (von Daniels, 2021). Diese Agenda spiegelte sich vor allem im außenpolitischen Verhalten nach der russischen Invasion in die Ukraine Anfang 2022 wider. Auf der einen Seite intensivierte sich die Zusammenarbeit zwischen den USA und der EU sowie der NATO um ein Vielfaches (World Politics Review, 2024). Auf der anderen Seite blieben aber gewisse Ähnlichkeiten zu Trumps Agenda bestehen. Dass die eigenen Interessen der USA nach wie vor im Vordergrund standen, zeigte der Rückzug des US-Militärs aus Afghanistan im Jahre 2021, der für großes Aufsehen in der internationalen Gemeinschaft sorgte. Er wurde zwar von Trump vor seinem Amtsabtritt beschlossen, die tatsächliche Durchführung Bidens zeigte jedoch, dass kein vollständiger Bruch mit der früheren Außenpolitik erfolgen würde (von Daniels, 2021; World Politics Review, 2024). Einerseits sorgten diese beiden außenpolitischen Handlungen der USA international und vor allem medial für das meiste Aufsehen. Andererseits zeigt dieses Agieren sowohl Bidens Umbruch hin zu verstärktem Multilateralismus als auch die Kohärenz zu Trumps protektionistischer Außenpolitik auf. Diese beiden außenpolitischen Handlungen werden daher als die zentralen Events bezüglich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der USA unter Biden angesehen. In diesem Sinne werden sie im Weiteren anhand des Analyserasters untersucht.

5.2.1 Der Rückzug aus Afghanistan

Der noch von Trump im Jahre 2020 ausgehandelte Rückzug aller US-Truppen aus Afghanistan sollte dem seit 1978 währenden „ewigen Krieg“ der USA ein Ende setzen. Biden argumentierte, die Kosten sowie das Risiko diesen Krieg weiterzuführen, wären zu hoch. Auch wäre eine Fortsetzung der Operation mit den nationalen Sicherheits herausforderungen nicht mehr in Einklang zu bringen (The White House, 2023). Der im Juli 2021 durchgeführte Rückzug jeglichen US-Militärs erfolgte ohne große Abstimmung mit den Verbündeten der USA und sorgte für große Aufregung. Anschließend folgte eine schnelle Übernahme Kabuls durch die gegnerischen Taliban (The White House, 2023; Shapiro, 2021).

Theoretische Erwartungen

Durch die Argumentation Bidens wird deutlich, dass der Rückzug der US-Truppen aus Afghanistan ebenfalls die Autonomie der USA erhöhen sollte. Die USA haben sich damit von der Verpflichtung weitere Truppen und dahingehende Ressourcen zu stellen befreit und auf ausführliche Absprachen mit den Verbündeten verzichtet. Somit standen die nationalen Sicherheitsinteressen klar im Vordergrund (The White House, 2023). In diesem Falle geht die angepasste Version des postklassischen Realismus über H1 erneut davon aus, dass diese weiteren Autonomiebestrebungen der USA zu erhöhten Sicherheitsbedrohungen für die EU und anschließender Abwehrpolitik geführt haben müssten.

Kontextuelle Sicherheitsbedrohung

Der Rückzug der USA und die Machtübernahme der Taliban sorgten zweifelsohne für erhöhte Sicherheitsbedrohungen bezüglich der EU. Es bestand nämlich die Gefahr, dass sich Afghanistan erneut zu einer Hochburg des Extremismus entwickeln würde, was zu Terrorismusgefahr und Unruhen im Nahen Osten geführt hätte (Barnes-Dacey, 2021). Auch bestand durch die drohende humanitäre Katastrophe in Afghanistan das Risiko erhöhter Flüchtlingsströme in Richtung der EU (Rat der Europäischen Union, 2021). Das Sicherheitsinteresse der EU, den Nahen Osten so stabil wie möglich zu halten, wurde daher durch den Rückzug der US-Truppen erneut massiv unterlaufen. Somit ist diese Erwartung im Sinne der H1 erneut eingetroffen.

Die Reaktion der EU

Auf diese drastische Maßnahme der USA reagierte die EU umfassend. So sah der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, diese Handlung als Weckruf für die EU an und forderte erhöhte Investitionen in die Sicherheitskapazitäten (Palacio, 2021). Der Rückzug erfolgte ohne jegliche Einflussmöglichkeiten der EU und zeigte auf, dass die Stabilität dieser Region nicht länger eine Priorität der USA war. Die EU sah sich also dazu gezwungen, ihr Interesse an einem stabilen Nahen Osten selbst zu schützen, weshalb Hilfspakete für Afghanistan bereitgestellt wurden (Varma, 2021). Auch wurde erneut die massive Abhängigkeit der EU von den USA sichtbar. Ohne die Hilfe des US-Militärs, wäre die EU nicht dazu in der Lage gewesen, die eigenen Truppen und Arbeiter aus Afghanistan zu evakuieren (Puglierin, 2021). Die Forderungen ein stärkerer, unabhängiger Akteur in Sachen Sicherheit und Verteidigung zu werden erreichten daraufhin eine noch höhere Intensität als zuvor. So drängte Borrell auf das Vorantreiben des „strategischen Kompass“, die zukünftige Strategie zur Sicherheit und Verteidigung der EU (Rat der Europäischen Union, 2022; EEAS, 2023). In diesem Sinne wurde im November 2021, vier Monate nach dem Afghanistan-Rückzug, die erste umfassende Bedrohungsanalyse seit Bestehen der EU durch die Nachrichtendienste der Mitgliedstaaten als Grundlage des strategischen Kompasses vorgelegt. Dieser wurde dann im März des folgenden Jahres als Zukunftsplan für die strategische Autonomie der EU von den Mitgliedstaaten angenommen (EEAS, 2023). Als Reaktion auf die multiplen Bedrohungen und mit der Betonung, eine starke EU in Sachen Sicherheit und Verteidigung wäre wichtiger denn je, umfasste der strategische Kompass dahingehend klare Ziele. Im Vordergrund standen unter anderem eine Verbesserung der militärischen Mobilität, höhere Investitionen in Verteidigungsressourcen und die Reduzierung von Abhängigkeiten. Auch die Intensivierung der Zusammenarbeit mit Organisationen wie den ASEAN, der NATO, der UN, der AU und der OSCE für die Sicherheit Europas wurde hervorgehoben (EEAS, 2023).

Daraus kann geschlossen werden, dass auch mit dem Amtswechsel in den USA die Tendenz autonomiebestrebende Außenpolitik zu betreiben bestehen blieb. Auch Abwehrpolitik als Reaktion der EU ist dahingehend ein Befund, der sich fortsetzte. Einerseits intensivierten sich die Debatten um mehr strategische Autonomie und Souveränität. Andererseits resultierten daraus direkte Maßnahmen zur Beschleunigung des strategischen Kompasses. Auch dessen letztendlicher Inhalt zeigt abermals, dass die EU sich der Abhängigkeit der USA unbedingt entziehen wollte, um ihre eigenen Sicherheitsinteressen

zukünftig selbst erfüllen zu können. Somit kann H1 erneut angenommen werden und es ergibt sich in Verbindung mit den bereits analysierten Events ein klares Muster.

Hypothetische und kontrafaktische Überlegungen

Auch die Untersuchung des US-Rückzuges aus Afghanistan ergab ähnliche Ergebnisse wie die beiden untersuchten Events unter Trump und untermauert den Schluss auf eine mögliche Kausalität. Aber auch in diesem Fall sollten alternative Szenarien bedacht werden.

Biden spielte nämlich ebenfalls mit dem Gedanken, den Rückzug weiter aufzuschieben und neue Truppen zur Stabilisierung Afghanistans zu stationieren, sah jedoch letzten Endes davon ab (The White House, 2023). Somit ist fraglich, ob die EU ähnlich gehandelt hätte, wenn die USA ihre Truppen nicht abgezogen hätten. Zunächst ist festzuhalten, dass der Rückzug schon ein Jahr zuvor zwischen Trump und den Taliban ausgehandelt wurde, weshalb die EU in jedem Fall damit rechnen musste, die Stabilität in der Region früher oder später potenziell ohne die USA bewahren zu müssen. Auch hatte Biden nie klar kommuniziert, die Abmachung nicht einhalten zu wollen (The White House, 2023). Auch die Debatten und Bestrebungen um eine höhere Autonomie und Souveränität existierten in der EU bereits vor dem Rückzug (siehe Kap. 5.1.2), woran auch ein Verbleib des US-Militärs in Afghanistan wohl kaum etwas geändert hätte. Dennoch hatten vor allem die Geschehnisse am Tag des Rückzuges selbst eine enorme Wirkung. Dass die EU ohne die USA keine vollständige Evakuierung hätte durchführen können und machtlos der Übernahme Kabuls durch die Taliban zusehen musste, zeigte eindrucksvoll, wie groß die Abhängigkeit von den USA noch immer war. Die Bezeichnung der Geschehnisse als „Wake-up-call“ durch Josep Borrell unterstreicht diese Wahrnehmung seitens der EU (Palacio, 2021). Daher kann mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass die Bilder aus Kabul den Handlungsdruck auf die EU, noch schneller unabhängig zu werden und Initiativen wie den strategischen Kompass sogleich fertigzustellen, auf eine neue Ebene anhoben. Auch dürfte der Fakt, dass die USA den Rückzug gegenüber den Verbündeten nicht umfangreich unter Konsultation stellten, den Hoffnungen eines pro-transatlantischen Wandels unter Biden einen herben Dämpfer gegeben haben. Eine solche Entwicklung hätte mit hoher Wahrscheinlichkeit bei einem Verbleib des US-Militärs oder einer klareren Absprache nicht stattgefunden. Auch hätte ein solcher Verbleib sicherlich dafür gesorgt, dass die Taliban in Afghanistan nicht so schnell an die Macht gekommen wären. Dies hätte die Sicherheitsbedrohungen durch erhöhte terroristische Aktivitäten und Flüchtlingsströme in Richtung der EU eingedämmt. Somit kann also davon ausgegangen werden, dass der Druck

auf die EU, sofortige Maßnahmen zu ergreifen, bei einem US-Verbleib deutlich geringer gewesen wäre.

Es ist ebenfalls zu erörtern, ob eine andere Reaktion der EU auf den US-Rückzug logisch nachvollziehbar gewesen wäre. Dies scheint jedoch unwahrscheinlich. Die USA machten durch die Art und Weise des Rückzugs klar, dass die Sicherheitsinteressen der EU in Bezug auf die Stabilität im Nahen Osten nicht weiter geteilt und unterstützt werden würden. Angesichts dieser neuen Gegebenheiten musste die EU zwangsläufig eigene Initiativen ergreifen, um die Stabilität in der Region zu fördern und ihre eigenen Sicherheitsinteressen auf Dauer schützen zu können. Eine Untätigkeit der EU hätte somit nicht nur die humanitäre Lage in Afghanistan weiter verschlechtert, sondern auch die Sicherheit und Stabilität in Europa gefährdet. Daher scheint eine andere Reaktion, als eigene Strategien zur Erfüllung der Sicherheitsinteressen zu erarbeiten, nicht logisch nachvollziehbar. Auch die signifikante Verstärkung der Debatten bezüglich der strategischen Autonomie der EU wäre angesichts der Bilder aus Kabul während des chaotischen Rückzugs wohl kaum vermeidbar gewesen. Zusammenfassend wird die Annahme, dass der US-Rückzug eine notwendige Bedingung für die Intensivierung der Debatten und Maßnahmen zur strategischen Autonomie der EU war, durch diese Überlegungen weiter untermauert.

5.2.2 Die USA als Sicherheitsgarant im Ukraine-Krieg

Nicht lange nach dem Afghanistan-Rückzug sollte sich das Blatt bezüglich der transatlantischen Beziehungen wenden. Die russische Invasion in die Ukraine im Februar 2022 sorgte insbesondere in den westlichen Staaten für Entsetzen. Unter Federführung der USA wurde im Verbund jedoch schnell gehandelt. Die USA verpflichteten sich entschlossen dazu, die Unabhängigkeit und Freiheit der Ukraine durch starke Unterstützungen zu verfechten (U.S. Department of Defence, 2022). Dabei wurde betont, die Hilfe der Ukraine in Zusammenarbeit mit den europäischen Verbündeten koordinieren zu wollen. Vor allem die militärische Unterstützung der USA fiel dahingehend bis heute umfassend aus und liegt mittlerweile bei über 50 Milliarden US-Dollar (U.S. Department of State, 2024). Auch wenn die Republikaner innerstaatlich vermehrt gegen weitere Unterstützungen der Ukraine mobilisierten, konnten die Hilfspakete bisher aufrechterhalten werden.

Theoretische Erwartungen

Die USA haben mit ihrer klaren Positionierung und Kooperationsbereitschaft die Formation eines massiven Widerstandes gegen Russland angeführt. So betonte auch Josep Borrell, dass die Ukraine ohne die militärische Unterstützung der USA fallen würde (Voice of America, 2023). Dass die EU die USA auch als ihren wichtigsten Verbündeten bezeichnet, zeigt das wiedergewonnene Vertrauen in die Partnerschaft (Europäisches Parlament, 2024). Somit agieren die USA in diesem Falle glaubwürdig als Sicherheitsgarant der EU. In diesem Sinne würde man nach der H2 des angepassten postklassischen Realismus davon ausgehen, dass die Unterstützung der USA die Sicherheitsbedrohung für die EU eindämmte und diese in ihrer Außenpolitik dementsprechend Trittbrett fuhr.

Kontextuelle Sicherheitsbedrohung

Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine wurde Russland von der EU mehr denn je als enorme Sicherheitsbedrohung angesehen. Der Krieg führte zu militärischen Spannungen, wirtschaftlichen Problemen und einem erhöhten Flüchtlingsaufkommen in ganz Europa. Dementsprechend besteht seitens der EU seit Ausbruch des Krieges ein massives Interesse daran, das Überleben der Ukraine als demokratischen Staat zu sichern (Europäisches Parlament, 2024). Dabei wurde betont, dass Sicherheits- und Verteidigungskooperationen zur Erreichung dieses Ziels unbedingt notwendig sind. Insbesondere die umfassende Unterstützung der USA wurde sehr geschätzt und die Kooperation zusammen mit der NATO als „Rückgrat“ der Freiheit, des Wohlstands, der Demokratie und der Sicherheit bezeichnet (Europäisches Parlament, 2024). Auch passte sich die EU in vielen Maßnahmen gegen Russland an das Vorgehen der USA an (von Daniels, 2022). Durch die umfangreichen Hilfspakete sowie die Übernahme einer Führungsrolle was die Koordination der Handlungen angeht, haben die USA eine entscheidende Position bei der Verteidigung der Ukraine und der Stabilisierung Europas eingenommen. Diese Unterstützung hat nicht nur die Widerstandsfähigkeit der Ukraine gestärkt, sondern auch die transatlantische Partnerschaft und die strategische Sicherheit der EU gefestigt. Zwar ist die Sicherheitsbedrohung durch Russland nach wie vor vorhanden, sie wurde jedoch durch die Rolle der USA deutlich eingedämmt. Die Erwartung der H2 trifft dahingehend zu.

Die Reaktion der EU

Um die Reaktion der EU auf die umfangreiche und nachhaltige Unterstützung der USA darlegen zu können, sollte neben der positiven Rhetorik Brüssels gegenüber Washington auch die Rollenverteilung im Rahmen des Ukraine-Supports in den Blickwinkel genommen werden. Diesbezüglich hat die USA die Führungsrolle inne, während die strategische Abhängigkeit der EU sich erneut verstärkt hat (Rotter, 2023). So hat die EU bisher überwiegend finanzielle Unterstützung in Form humanitärer Hilfen für die ukrainische Zivilbevölkerung und den Wiederaufbau geliefert. Von den USA gehen jedoch mit Abstand die meisten militärischen Hilfen aus (Janson, 2024).

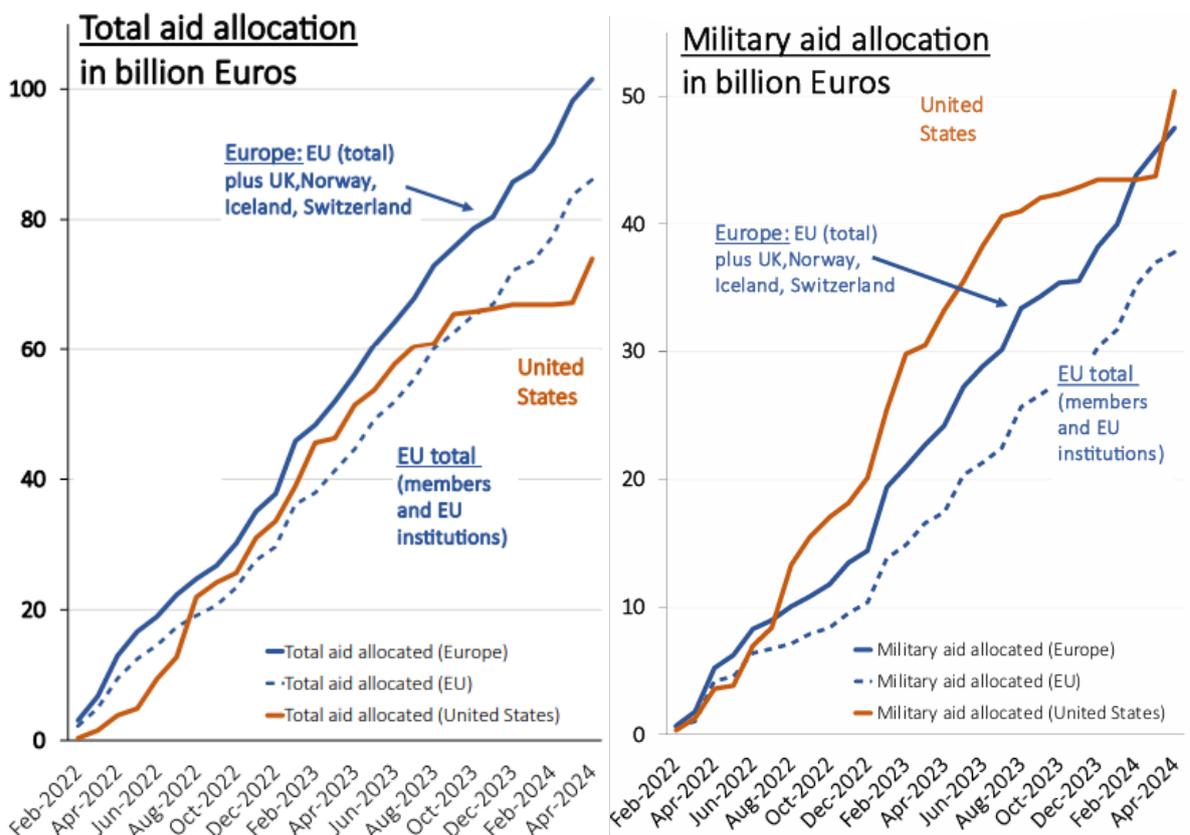


Abb. 3: Bompreszi et al., 2024, S. 7

Betrachtet man Abb. 3, fällt auf, dass die EU mit fast 90 Milliarden Euro am meisten in die Ukraine-Unterstützung investiert hat. Betrachtet man jedoch die militärischen Hilfen gesondert, so liegen die USA deutlich vorne. An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass die EU in beiden Abbildungen als Verbund aus den Institutionen und den Mitgliedstaaten dargestellt wird. Die EU-Institutionen für sich genommen, haben jedoch lediglich etwa 11,5 Milliarden Euro zur militärischen Unterstützung beigetragen, was nur einen kleinen Bruchteil

des Anteils der USA darstellt (Europäische Kommission II, o.D.). Dem hingegen fiel der Anteil finanzieller Hilfen für humanitäre Zwecke und den Wiederaufbau weit höher aus (Bundesregierung, 2024). So ist also die Rolle der USA für die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine entscheidend, wodurch altbekannte Muster wieder in Erscheinung traten. Die EU, die finanzielle und humanitäre Unterstützung bereitstellt, neben den USA, die die militärische Hilfe übernehmen (Rotter, 2023). So wies die EU-Kommission in einem Themenpapier darauf hin, dass die Kompetitivität der eigenen Defensivkapazitäten zu gering sei. Zwar hätten Initiativen zur Sicherheit und Verteidigung wie CARD, PESCO oder der EDF temporär funktioniert, der Trend ginge jedoch wiederkehrend in Richtung eines Unterinvestments in die EU-Verteidigungsindustrie. Zudem bestünden Mängel in der dahingehenden Koordinierung der Mitgliedstaaten. Zusammenfassend habe dies zu erhöhten Abhängigkeiten von US-foreign military sales geführt (Europäische Kommission, 2023). So gab Josep Borrell selbst an, die militärische Unterstützung könne ohne die USA so nicht aufrechterhalten werden (Bundesregierung, 2024). Auch aus Kyiv selbst, wurden diesbezüglich Bedenken geäußert. So gaben ukrainische Diplomaten an, dass für mehr ukrainische Erfolge auch mehr militärische Hilfe aus der EU benötigt werden würde. Europa solle sich nicht auf die US-Unterstützung verlassen und die Verteidigung des eigenen Kontinents selbst in die Hand nehmen (Moens et al., 2024).

Trotz der hohen Ausgaben der EU für humanitäre und wirtschaftliche Unterstützungen der Ukraine, verlässt sie sich bisher auf die militärische Kapazität der USA und kehrt in diesem Fall zu einer Strategie des Trittbrettfahrens zurück. Dies wird dadurch deutlich, dass die Ukraine ohne die substanzielle militärische Unterstützung der USA nicht in der Lage wäre, sich weiterhin effektiv gegen Russland zu verteidigen. Die EU konzentriert sich in diesem Sinne eher auf humanitäre und wirtschaftliche Unterstützungen der Gesellschaft, statt mehr Ressourcen in Militärprojekte zu investieren. In diesem Falle deckt sich also die Empirie mit den Erwartungen der H2.

Hypothetische und kontrafaktische Überlegungen

Die Ergebnisse der Analyse legen nahe, dass die EU aufgrund des außenpolitischen Auftretens der USA als Sicherheitsgarant weniger auf Abwehrpolitik bedacht war und erneut eine Trittbrettfahrer-Rolle einnahm, die die Abhängigkeit zu den USA wieder verstärkte. Nun gilt es jedoch, diese Vermutung argumentativ zu überprüfen.

Fraglich ist, ob die EU in gleicher Weise gehandelt hätte, wären die USA nach der russischen Invasion in die Ukraine nicht als starker Unterstützer und Sicherheitsgarant aufgetreten. In diesem Szenario hätte die Ukraine kaum eine Chance gehabt, sich auf lange

Sicht zu verteidigen. Um also das Interesse am Bestehen der Ukraine zu erfüllen, hätte die EU mutmaßlich mehr in ihre militärischen Kapazitäten investieren und eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten anstreben müssen. Auch Anstrengungen, neue militärische Allianzen innerhalb Europas zu schmieden, wären dahingehend denkbar gewesen, um die Sicherheitslücke ohne die US-Unterstützung zu schließen. Die EU-Außenpolitik hätte sich vermutlich signifikant verschoben, da die Fokussierung auf humanitäre und wirtschaftliche Unterstützung so nicht möglich gewesen wäre. Auch das Vertrauen in die USA als Sicherheitsgarant wäre wohl nicht wieder gestiegen, was mit hoher Wahrscheinlichkeit weitere Bestrebungen einer autonomen und aktiveren Verteidigungspolitik hervorgehoben hätte. Die EU hätte sich nämlich selbst vor der immensen Sicherheitsbedrohung schützen müssen.

Fraglich bleibt, ob ein anderes Handeln der EU trotz des Verhaltens der USA als Sicherheitsgarant logisch gewesen wäre. Man hätte vor allem vor dem Hintergrund der lauten Forderungen nach Autonomie und Unabhängigkeit erwarten können, dass die EU die Abhängigkeit zu den USA nicht wieder verstärkt und darauf hinarbeitet, die militärische Unterstützung der Ukraine potenziell selbst stellen zu können. Dem steht jedoch entgegen, dass die USA sich so klar als Sicherheitsgarant verpflichtet und sofort die Führungsrolle bei der Unterstützung eingenommen haben. Die darauffolgenden Hilfen stärkten auch wieder das Vertrauen der EU in die transatlantische Kooperation. Die militärische Unterstützung der USA sorgte dafür, dass die Ukraine vorerst stabilisiert werden konnte. Für die EU, die in der Vergangenheit oft Probleme hatte in Sachen Sicherheitspolitik auf einen Nenner zu kommen, ermöglichte dies unproblematisch die Fokussierung auf humanitäre und wirtschaftliche Hilfen (Bergmann & Müller, 2021). So gesehen bot es sich an, bezüglich der militärischen Unterstützung eine Trittbrettfahrerrolle einzunehmen, da humanitäre Hilfen von der EU unkompliziert selbst beschlossen werden können, was sich aus Art. 214 AEUV ergibt. Erhöhte Anstrengungen in die eigene militärische Unterstützung zu investieren erscheint daher unter der Sicherheitsgarantie der USA nicht schlüssig.

Diese Argumentation untermauert die Annahme, dass die Außenpolitik der USA in diesem Fall als notwendige Bedingung für die Trittbrettfahrer-Strategie der EU bezüglich der militärischen Ukraine-Hilfen gesehen werden kann. Die Rolle der USA als Sicherheitsgarant hat der EU ermöglicht, sich unkomplizierterweise auf humanitäre und wirtschaftliche Hilfen zu konzentrieren, ohne ihre militärischen Kapazitäten signifikant zu erhöhen. Ohne die USA hätte die EU weiterhin eine aktivere und autonome Verteidigungspolitik betreiben müssen,

um ihr Sicherheitsinteresse zu erfüllen, was eine drastische Abkehr von ihrer bisherigen Rolle bezüglich der Ukraine-Hilfen bedeutet hätte.

5.3 Ergebnisse und Diskussion

Im nächsten Schritt werden die Ergebnisse der Analyse zusammengefasst und anschließend bezüglich ihrer Aussagekraft diskutiert.

Unter der Legislatur Donald Trumps wurden die Rücktritte aus dem JCPOA und dem INF-Vertrag untersucht. In beiden Fällen führte das autonomiestrebende außenpolitische Handeln Washingtons zu erhöhten Sicherheitsbedrohungen für die EU, die daraufhin mit Abwehrpolitik reagierte. Dies wurde durch die Erschaffung eigener Initiativen, Kooperationsbemühungen mit anderen Staaten und vor allem umfangreichen Debatten bezüglich mehr strategischer Autonomie sowie außenpolitischer Souveränität deutlich. Was die darauffolgende Legislaturperiode unter Biden angeht, wurde der US-Rückzug aus Afghanistan und die Rolle der USA als Sicherheitsgarant im Ukraine-Krieg untersucht. Im Falle des Afghanistan-Rückzugs, als ein weiterer autonomiestrebender Akt der USA, zeigten sich ähnliche Resultate wie bei den ersten beiden Events. Allerdings haben die Debatten und der politische Handlungsdruck auf die EU, eigenständiger zu agieren, im Vergleich noch einmal deutlich zugenommen, was sich auch in den Maßnahmen widerspiegelte. Insbesondere bezüglich der Untersuchung der ersten drei Events, ist also ein wiederkehrendes Muster erkennbar. Dahingehend unternahm die USA sowohl unter Trump als auch unter Biden autonomiestrebende Handlungen. In jedem der Fälle rief dies Sicherheitsbedrohungen für die EU und dementsprechend Abwehrpolitik hervor. Dadurch entstanden mit der Zeit zwangsläufig immer mehr Maßnahmen und Initiativen, die die strategische Autonomie der EU sowohl ad hoc als auch für die Zukunft fördern sollten. Bei der Betrachtung der Rolle der USA als Sicherheitsgarant im Ukraine-Krieg, zeigte sich dagegen ein deutlicher Unterschied. Der Tenor der EU gegenüber Washington veränderte sich ins positive und die EU nahm bezüglich der militärischen Unterstützung der Ukraine eine Trittbrettfahrer-Rolle ein, anstatt die Ressourcen in die eigenen Kapazitäten weiterhin signifikant zu erhöhen. Dahingehend konzentrierte sich die EU bisher auf die nicht-militärische Unterstützung und verließ sich trotz der vorherigen Entwicklungen auf die militärische Unterstützung der USA, die die Sicherheitsbedrohung eindämmten.

In allen vier untersuchten Events deckten sich die theoretischen Erwartungen mit dem tatsächlichen empirischen Befund. So konnten im Rahmen der Analyse H1 dreimal und H2 einmal bestätigt werden. Alle im Rahmen der Analyse erzielten Ergebnisse wurden durch hypothetische und kontrafaktische Überlegungen tiefergehend erörtert. Dadurch konnten die Annahmen, die US-Außenpolitik wäre die notwendige Bedingung für die Reaktionen der EU gewesen, jeweils untermauert werden.

An dieser Stelle soll die Aussagekraft der Ergebnisse dieser Arbeit diskutiert werden. Insbesondere die Analysen der ersten drei Events liefern insgesamt bedeutende Resultate. Das sich darin wiederholende Schema von H1 deckt einen systematisch auftretenden Beziehungszusammenhang auf. Die autonomiestrebenden Handlungen der USA, die daraus entstehenden Sicherheitsbedrohungen und die darauffolgende Abwehrpolitik der EU sind dahingehend wiederkehrende Verhältnisse. Somit legen die Ergebnisse überzeugend das Bestehen eines kausalen Zusammenhangs nahe (George & Bennett, 2005). Was die Generalisierbarkeit dieses Befundes betrifft, können lediglich Aussagen über die behandelten Fälle, nämlich die Legislaturperioden Trumps und Bidens, im Rahmen des Untersuchungszeitraums getätigt werden (Siewert & Wagemann, 2020). In diesem Sinne kann aufgrund der Ergebnisse davon ausgegangen werden, dass die Außenpolitik der USA seit 2016 durch die autonomiestrebenden Handlungen einen großen Einfluss auf die Entwicklung der EU-Außenpolitik genommen hat. Die dadurch entstandenen Sicherheitsbedrohungen zwangen die EU, Selbsthilfestrategien zur Erfüllung der eigenen Sicherheitsinteressen zu fahren und dahingehend Abwehrpolitik zu betreiben. Das wiederholte Auftreten dieses Ablaufs begünstigte die lautstarken Diskussionen und letzten Endes auch die Zukunftsbestrebungen in Richtung einer erhöhten strategischen Autonomie. Was das Ergebnis der Untersuchung der Rolle der USA als Sicherheitsgarant im Ukraine-Krieg angeht, ist die Aussagekraft um einiges geringer. Zwar kann angenommen werden, dass das außenpolitische Auftreten der USA als Sicherheitsgarant in diesem Fall dafür sorgte, dass die EU wieder die Trittbrettfahrerrolle einnahm. Um das von H2 erwartete Beziehungsmuster jedoch generalisieren zu können, müssten weitere Events, in denen die USA glaubhaft als Sicherheitsgarant agieren, analysiert werden. Dementsprechend bleibt es lediglich bei einem Hinweis auf eine mögliche Kausalbeziehung, den es noch zu verfestigen gilt (George & Bennett, 2005). Ein Gegenargument könnte hier sein, dass die EU trotz der USA als Sicherheitsgarant eigene Militärprojekte vorangetrieben hat, was gegen eine Trittbrettfahrerrolle sprechen würde. Beispielsweise lieferte die EU im Ukraine-Krieg erstmals eigene Militärhilfen (Euronews, 2022). Auch stiegen die militärischen

Beiträge mit der Zeit immer weiter an (siehe Abb. 3). Dies widerspricht jedoch weder der Theorie noch der hier dargelegten Argumentation. Vielmehr könnte dieses Verhalten als Prävention einer möglichen Wiederwahl Trumps oder als indirekte Reaktion auf die vorherigen Entwicklungen der transatlantischen Beziehungen gesehen werden. Dennoch reichen die Anstrengungen der EU bisher nicht aus, um sich von der dahingehenden Abhängigkeit von den USA zu lösen, was wiederum auf eine Trittbrettfahrerrolle hindeutet. Abschließend fällt auf, dass unter Trump keine Situation auftrat, in der die USA die Rolle des Sicherheitsgaranten für die EU eingenommen haben. Unter Biden ist dies seit Beginn des Ukraine-Krieges jedoch der Fall. Dies zeigt die Auswirkungen der unterschiedlichen außenpolitischen Strategien der beiden Präsidenten auf und stellt somit einen Ansatzpunkt für eine mögliche Prognose der Entwicklungen nach den US-Wahlen im November dar.

Hinsichtlich der Funktionalität des adaptierten postklassischen Realismus für die Analyse des Einflusses der Außenpolitik einer bestimmten Großmacht auf die Außenpolitik des untersuchten Staates lassen sich ebenfalls Aussagen treffen. Dahingehend traten die theoretischen Erwartungen in jedem der vier untersuchten Events auch in der Empirie ein. Somit wurde in dieser Arbeit kein Fall gefunden, der eine Inkonsistenz mit der Theorie aufweist, was für deren Funktionalität spricht. Auch die angestellten hypothetischen und kontrafaktischen Überlegungen unterstreichen die Prognosekraft (George & Bennett, 2005). Jedoch gilt auch hier zunächst, dass diese Funktionalität nur für den Fall der US-EU-Beziehung seit 2016 gilt.

Alles in allem liefert die Arbeit wertvolle Einblicke in die transatlantischen Beziehungen und den direkten Einfluss der US- auf die EU-Außenpolitik in den beiden Legislaturperioden seit 2016. Daher konnte die Zielsetzung erfüllt werden die bestehende Forschungslücke, was diesen spezifischen Einfluss und auch die generellen theoretischen Möglichkeiten betrifft, anzuvisieren und zu verkleinern. Auch ermöglichen die Ergebnisse eine Prognose bezüglich der weiteren Entwicklungen der transatlantischen Beziehungen nach den US-Wahlen im November.

6. Fazit und Ausblick

Diese Arbeit legt eine theoriegeleitete Erklärung des Einflusses der Außenpolitik der USA seit 2016 auf die Entwicklung der EU-Außenpolitik vor. Im Mittelpunkt stand in diesem Sinne die Erklärung, in welchem Maße die außenpolitischen Handlungen der USA den Wandel der EU-Außenpolitik in Richtung einer erhöhten strategischen Autonomie und Unabhängigkeit mitbegründet haben. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich von Trumps Wahl im Jahre 2016 bis Juni 2024 und schließt damit möglichst nahe an den baldigen US-Wahlen an. Zum Zwecke der Untersuchung wurde die Theorie des postklassischen Realismus modifiziert und damit für die angestrebte Forschung zugänglich gemacht. Im Anschluss daran, wurden zwei zentrale Hypothesen in Bezug auf die Forschungsfrage formuliert. Zur Überprüfung der Hypothesen wurde die US-Außenpolitik in den beiden Legislaturperioden unter Trump und Biden im Rahmen einer komparativen sequenziellen Fallstudie jeweils gesondert analysiert. Dies geschah anhand der Methode der Kongruenz. Es wurden diesbezüglich in beiden Legislaturperioden je zwei zentrale außenpolitische Handlungen der USA und deren Auswirkungen auf die EU-Außenpolitik systematisch untersucht. Diese konnten aus den erhobenen empirischen Daten der verwendeten Primär- und Sekundärquellen extrahiert werden, wobei zur analytischen Tiefe der Fokus auf Sicherheits- und Verteidigungsbelangen lag. Die zentralen Events unter Trump waren die Rückzüge aus dem JCPOA und dem INF-Vertrag. Was Biden angeht, wurde das Augenmerk auf den Rückzug aus Afghanistan und die Rolle der USA im Ukraine-Krieg gelegt. Diese Vorgehensweise lieferte die Grundlage zur Analyse des Gesamtzusammenhangs im ganzen Untersuchungszeitraum. Die Resultate wurden abschließend gebündelt dargelegt und auf ihre Aussagekraft diskutiert.

Die Ergebnisse der Analyse legen in allen vier untersuchten Events einen direkten Einfluss der US-Außenpolitik auf die Entwicklung der EU-Außenpolitik nahe. Unter Trump führten der Austritt aus dem JCPOA und dem INF-Vertrag zu erhöhten Sicherheitsbedrohungen für die EU, die darauf mit Abwehrpolitik reagierte. Dies äußerte sich in eigenen Initiativen, Kooperationen mit anderen Staaten und zunehmenden Debatten über strategische Autonomie. Unter Biden zeigte der Afghanistan-Rückzug ähnliche Auswirkungen, jedoch wurden die Debatten und Maßnahmen rund um die Erlangung der strategischen Autonomie deutlich intensiviert. Im Gegensatz dazu, zeigte die Analyse der Rolle der USA als Sicherheitsgarant im Ukraine-Krieg eine veränderte Dynamik. Die transatlantischen

Beziehungen erlebten einen positiven Wandel und die EU nahm erneut eine Trittbrettfahrer-Rolle ein, wobei sie sich auf nicht-militärische Hilfen für die Ukraine konzentrierte. In allen vier untersuchten Fällen bestätigten sich die theoretischen Erwartungen durch die empirischen Befunde. Die Arbeit konnte zeigen, dass die EU auf autonomiebestrebende Handlungen der USA in Verbindung mit den dadurch entstehenden Sicherheitsbedrohungen mit Abwehrpolitik reagierte, während sie im Falle einer glaubwürdigen Sicherheitsgarantie durch die USA die Rolle des Trittbrettfahrers einnahm. Diese Ergebnisse unterstreichen die erhebliche Einflussnahme der US-Außenpolitik seit 2016 auf die Außenpolitik der EU und zeigen, wie dadurch die Entwicklung hin zu Bestrebungen einer erhöhten strategischen Autonomie sowie Unabhängigkeit der EU mitbegründet wurde. Dabei erwies sich der angepasste postklassische Realismus als nützliches theoretisches Werkzeug. Somit konnten die Zielsetzungen dieser Arbeit erreicht und ein Mehrwert für die dahingehende Forschung geschaffen werden.

Jedoch kommt auch diese Arbeit nicht ohne Limitationen aus. So ist die Generalisierbarkeit auf den Untersuchungszeitraum von 2016 bis Juni 2024 beschränkt. Innerhalb dieses Untersuchungszeitraums konnten insbesondere bezüglich der H1 solide Ergebnisse erzielt werden, die weitreichende Aussagen über den bestehenden Zusammenhang zulassen. H2 konnte jedoch nicht in gleichem Maße getestet werden. Zudem war die Anzahl der analysierten Events auf vier beschränkt und der Fokus lag dahingehend lediglich auf der Außenpolitik in Sicherheits- und Verteidigungsbelangen. Dies bietet einen Ansatzpunkt für zukünftige Forschungsarbeiten, die auf einer breiteren Fallauswahl oder anderen Bereichen der Außenpolitik basieren könnten. Innerhalb dieses Werkes war es ebenfalls nicht möglich, andere potenzielle Einflussfaktoren bezüglich des außenpolitischen Wandels der EU, ob intern oder extern, zu berücksichtigen. Diese möglichen Einflüsse könnten in zukünftigen Arbeiten untersucht werden, um das Verständnis des außenpolitischen Wandels der EU weiter zu vertiefen. Zusätzlich würde es sich ebenfalls anbieten, weitere Forschung anhand der hier entwickelten Theorie zu betreiben. Einerseits könnte die Funktionalität der Theorie so weiter getestet werden. Andererseits würde dies auch die Untersuchung der Einflüsse durch die Außenpolitik anderer Großmächte wie China oder Russland auf die EU-Außenpolitik ermöglichen. Grundsätzlich konnten mit dem postklassischen Realismus als IB-Theorie, die gewisse Tugenden der FPA beinhaltet, solide Ergebnisse erzielt werden. Zukünftig wäre daher eine noch weitere Integration der FPA in die IB-Forschung wünschenswert.

Abschließend soll nun anhand der hier erzielten Ergebnisse ein Ausblick auf die weitere Entwicklung der EU-Außenpolitik nach den US-Wahlen im kommenden November dargelegt werden. Angesichts der oben herausgearbeiteten Ergebnisse, hätte eine Wiederwahl Joe Bidens für die transatlantischen Beziehungen wohl positive Auswirkungen. Eine Fortsetzung der pro-europäischen und multilateralen Außenpolitik der USA wäre dann wahrscheinlich. Die USA würden weiterhin als Sicherheitsgarant agieren und potenzielle Bedrohungen für die EU eindämmen. Insbesondere bezüglich der weiteren Unterstützung der Ukraine wäre dies für die EU im Bereich Sicherheit und Verteidigung äußerst profitabel. Biden hat gezeigt, dass er selbst die NATO und andere transatlantische Institutionen als zentrale Elemente der internationalen Sicherheit betrachtet, wodurch die EU keinen Niedergang dieser zu fürchten hätte. In diesem Fall ist die Vermutung naheliegend, dass die EU sich weiter in die Trittbrettfahrerrolle begeben würde. Dahingehend ist erwartbar, dass sie in zentralen Belangen den Strategien der USA als Taktgeber tendenziell folgen wird, um die transatlantischen Beziehungen weiter zu intensivieren, anstatt eigene Strategien zu fahren. Unwahrscheinlich ist jedoch, dass die lauten Forderungen nach strategischer Autonomie und Souveränität ganz verstummen werden. Langfristig gesehen wird die EU nach den Entwicklungen seit 2016 wohl kaum nachhaltig darauf vertrauen, die USA ohne jeglichen Vorbehalt als Sicherheitsgarant erwägen zu können. Auch Biden hat unter anderem durch den Afghanistan-Rückzug gezeigt, dass er die nationalen Sicherheitsanforderungen über den Multilateralismus stellt, wenn es sein muss. So bleiben auch bei einer Wiederwahl Bidens vermutlich die Verteidigungs- und Sicherheitsbestrebungen der EU bestehen. Die darin investierten Ressourcen werden aber höchstwahrscheinlich eher langsam und nicht signifikant steigen. Durch die USA als Sicherheitsgarant wäre nämlich das Entstehen eines derartigen politischen Handlungsdrucks bezüglich der eigenen Sicherheits- und Verteidigungskapazitäten nicht zu erwarten.

Bezüglich einer weiteren Amtsperiode Donald Trumps, dessen Rhetorik gegenüber den transatlantischen Beziehungen sich auch im zweiten Wahlkampf nicht änderte, kann von einer gegenteiligen Entwicklung ausgegangen werden. Die Außenpolitik der USA würde höchstwahrscheinlich deutlich isolationistischer werden. Auch wären erneute Rückzüge aus gemeinsamen westlichen Kooperationen nicht unwahrscheinlich. Beispielsweise der angedrohte Austritt aus der NATO oder die Einstellung der Ukraine-Unterstützung würden die sicherheitspolitische Lage der EU drastisch verschlechtern. Der politische Druck eigene

Strategien zur Erhaltung der Sicherheitsinteressen zu fahren würde angesichts dessen wohl noch weiter steigen. Die EU hätte dann keine andere Wahl als die Ressourcen in Bezug auf eine höhere strategische Autonomie signifikant zu erhöhen. Dies würde sich mit hoher Wahrscheinlichkeit insbesondere in den militärischen Kapazitäten und Bemühungen einer besseren Koordination der Mitgliedstaaten niederschlagen. Denn die EU müsste zur weiteren Verteidigung der Ukraine dafür gewappnet sein, eine deutlich größere Rolle in Bezug auf die militärische Unterstützung einzunehmen. Zusätzlich dazu, wären verstärkte Kooperationen mit anderen internationalen Partnern und innerhalb diverser Sicherheitsbündnisse durchaus denkbar. Auch könnten neue Sicherheits- und Verteidigungsbündnisse angestrebt werden, um die schlechte Sicherheitslage zu stabilisieren. Die Zukunft der EU-Außenpolitik würde sich daher denkbarerweise zunehmend in Richtung Abwehrpolitik bewegen, um den Herausforderungen einer unberechenbaren US-Politik unter Trump begegnen zu können. Die Reduzierung der Abhängigkeit von den USA, wäre dann wohl notwendiger denn je.

Zusammenfassend wird die Entwicklung der EU-Außenpolitik nach den US-Präsidentenwahlen im November 2024 maßgeblich von dem dort gewählten Präsident abhängen. Eine Wiederwahl Bidens würde die transatlantischen Beziehungen wahrscheinlich stärken und damit zu einer gleichbleibenden EU-Außenpolitik, gegebenenfalls noch mit langfristigen Bestrebungen in Richtung strategischer Autonomie führen. Eine Präsidentschaft Trumps hingegen würde die EU zwingen, ihre Sicherheits- und Verteidigungsanstrengungen erheblich zu erhöhen, wobei Unabhängigkeit und Souveränität eine noch größere Bedeutung erlangen würden. Insgesamt hatte die US-Außenpolitik seit 2016 einen erheblichen Einfluss auf die Entwicklung der EU-Außenpolitik. Unabhängig davon, ob Biden oder Trump Präsident wird, wird die EU nach diesen Entwicklungen wohl weiterhin das langfristige Ziel verfolgen, mehr strategische Autonomie und Souveränität zu erreichen.

Literaturverzeichnis

- Alden, C. & Aran, A. (2017). *Foreign Policy analysis: New Approaches*. New York: Routledge.
- Allan, D. & Smith, M. (1990). Western Europe's Presence in the Contemporary International Arena. *Review of international Studies*, 16 (1), 19-37.
- Auswärtiges Amt (2024). *Das iranische Atomprogramm*. Verfügbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/laender/iran-node/wiener-nuklearvereinbarung-atomprogramm-iran/202458>
- Baev, P. K. (2018). *European angst about Trump's INF Treaty withdrawal*. Verfügbar unter: <https://www.brookings.edu/articles/european-angst-about-trumps-inf-treaty-withdrawal/>
- Barnes-Dacey, J. (2021). *The Middle East and North Africa*. Verfügbar unter: <https://ecfr.eu/publication/the-fall-of-the-afghan-government-and-what-it-means-for-europe/>
- Baumann, R., Rittberger V. & Wagner, W. (1999). Macht und Machtpolitik. Neorealistische Außenpolitiktheorie und Prognosen über die deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 6 (2), 245-286.
- Bergmann, J. & Müller, P. (2021). Failing forward in the EU's common security and defence policy: the Integration of EU crisis management. *Journal of European Public Policy*, 28 (10), 1669-1687.
- Bergmann, M., Lamond, J. & Cicarelli, S. (2021). *The Case for EU Defense*. Verfügbar unter: <https://www.americanprogress.org/article/case-eu-defense/>
- Binnendijk, H., Hailton, D. S. & Vershbow, A. (2022). *Strategic responsibility: Rebalancing European and Trans-Atlantic defense*. Verfügbar unter: <https://www.brookings.edu/articles/strategic-responsibility-rebalancing-european-and-trans-atlantic-defense/>
- Bomprezzi, P., Kharitinov, I. & Trebesch, C. (2024). *Ukraine Support Tracker – Methodological Update & New Results on Aid “Allocation” (June 2024)*. Verfügbar unter: https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/Subject_Dossiers_Topics/Ukraine/Ukraine_Support_Tracker/Ukraine_Support_Tracker_-_Research_Note.pdf
- Bundesregierung (2024). *Was tut die EU für die Ukraine?.* Verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/krieg-in-der-ukraine/was-tut-die-eu-fuer-ukraine-2016876>
- Bundestag (2019). *Ausstieg der USA aus INF-Abrüstungsvertrag beschäftigt den Bundestag*. Verfügbar unter: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw05-aktuelle-stunde-us-atomwaffen-589964>
- Brooks, S. G. (1997). Dueling realisms. *International Organization*, 51 (3), 445–477.

- Brummer, K. & Oppermann, K. (2014). *Außenpolitikanalyse*. Oldenburg: De Gruyter.
- Colschen, L. (2010). *Deutsche Außenpolitik*. Paderborn: Wilhelm Fink UTB
- Cordesman, A. H. (2021). *Iran and U.S. Strategy: Looking Beyond the JCPOA*. Verfügbar unter:
https://csis-website-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/publication/210630_Cordesman_Looking_Beyond.pdf?VersionId=S.d9SgnmbudRRVhpUNe.rNJv6LqFtAA
- Daadler, I. (2024). *What another Trump presidency would mean for NATO*. Verfügbar unter:
<https://www.politico.eu/article/what-another-trump-presidency-would-mean-for-nato/>
- EEAS (2020). *Joint Ministerial Statement on the Joint Comprehensive Plan of Action*. Verfügbar unter:
https://www.eeas.europa.eu/eeas/joint-ministerial-statement-joint-comprehensive-plan-action_en
- EEAS (2023). *STRATEGIC COMPASS*. Verfügbar unter:
<https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/2023/2023-03-Strategic%20Compass.pdf>
- Eisend, M. & Kuß, A. (2021). *Grundlagen empirischer Forschung: Zur Methodologie in der Betriebswirtschaftslehre* (2. Auflage). Wiesbaden: Springer Gabler.
- Eisenstadt, M. (2018). *Iran After the JCPOA Withdrawal (Part 1). Lessons from Past Pressure Campaigns*. Verfügbar unter: <https://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/iran-after-jcpoa-withdrawal-part-1-lessons-past-pressure-campaigns>
- Euronews (2022). *Ukraine war: EU to buy and deliver weapons to Kyiv, says Ursula von der Leyen*. Verfügbar unter:
<https://www.euronews.com/2022/02/27/eu-to-buy-and-deliver-weapons-to-ukraine-the-first-time-the-bloc-has-financed-military-sup>
- Europäische Kommission (o.D.). *EU military support to Ukraine*. Verfügbar unter:
https://eu-solidarity-ukraine.ec.europa.eu/eu-assistance-ukraine/eu-military-support-ukraine_en#:~:text=The%20EU%20and%20its%20Member,Fund%20worth%20€5%20billion.
zitiert: (Europäische Kommission II, o.D.)
- Europäische Kommission (o.D.). *United States: EU trade relations with the United States. Facts, figures and latest developments*. Verfügbar unter: https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/united-states_en
zitiert: (Europäische Kommission I, o.D.)

- Europäische Kommission (2023). *Issue paper #2: Towards a European Defence Industrial Strategy: Investing better and together in defence capabilities and innovative technologies*. Verfügbar unter:
<https://defence-industry-space.ec.europa.eu/system/files/2023-12/EDIS%20Issues%20paper%202.pdf>
- Europäisches Parlament (2019). *The end of the INF Treaty?: A pillar of European security architecture at risk*. Verfügbar unter:
[https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2019/633175/EPRS_BRI\(2019\)633175_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2019/633175/EPRS_BRI(2019)633175_EN.pdf)
zitiert: (Europäisches Parlament I, 2019)
- Europäisches Parlament (2019). *The INF Treaty and European Defence*. Verfügbar unter:
[https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2019/635532/EPRS_BRI\(2019\)635532_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2019/635532/EPRS_BRI(2019)635532_EN.pdf)
zitiert: (Europäisches Parlament III, 2019)
- Europäisches Parlament (2019). *Zukunft des INF-Vertrags und Auswirkungen auf die EU*. Verfügbar unter:
https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-0130_DE.pdf
zitiert: (Europäisches Parlament II, 2019)
- Europäisches Parlament (2020). *State of play of EU-Iran relations and the future of the JCPOA*. Verfügbar unter:
[https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2020/603515/EXPO_IDA\(2020\)603515_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2020/603515/EXPO_IDA(2020)603515_EN.pdf)
- Europäisches Parlament (2024). *Implementation of the common security and defence policy – annual report 2023*. Verfügbar unter: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0105_EN.pdf
- Falleti, T. G. & Mahoney, J. (2015). The comparative sequential method. In J. Mahoney & K. Thelen (Hrsg.), *Advances in Comparative-Historical Analysis* (S. 211–239). Cambridge: Cambridge University Press
- Friedrich Ebert Stiftung (o.D.). *Außenpolitik Deutschland*. Verfügbar unter:
<https://www.fes.de/wissen/aussenpolitik>
- George, A. L. & Bennett, A. (2005). *Case Studies and Theory Development in the Social Sciences*. Massachusetts: MIT Press.
- Gressel, G. (2018). *UNDER THE GUN: REARMAMENT FOR ARMS CONTROL IN EUROPE*. European Council on foreign Relations.
- Groitzl, G. (2024). Die USA und Europa. In Lammert, C., Siewert, M. B. & Vormann, B. (Hrsg.), *Handbuch Politik USA* (S. 707-716). Wiesbaden: Springer VS.

- Gschwendt, T. & Schimmelfennig, F. (2007). Forschungsdesign in der Politikwissenschaft: ein Dialog zwischen Theorie und Daten. In T. Gschwendt & F. Schimmelfennig (Hrsg.), *Forschungsdesign in der Politikwissenschaft: Probleme – Strategien – Anwendungen*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Hellmann, G. (2024). *Deutsche Außenpolitik: Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Hudson, V. M. & Vore, C. S. (1995). Foreign Policy Analysis Yesterday, Today, and Tomorrow. *Mershon International Studies Review*, 39 (2), 209-238.
- Hudson, V. M. (2005). Foreign Policy Analysis: Actor-Specific Theory and the Ground of International Relations. *Foreign Policy Analysis*, 1 (1), 1–30.
- IHK (2021). *Die Europäische Kommission unterstützt EU-KMU beim Handel mit dem Iran durch den Due Diligence Helpdesk on EU Sanctions*. Verfügbar unter:
https://saarland.ihk.de/p/Die_Europäische_Kommission_unterstützt_EUKMU_beim_Handel_mit_dem_Iran_durch_den_Due_Diligence_Helpdesk_on_EU_Sanctions-17-16322.html
- Janson, M. (2024). *Die Top 10 Unterstützer der Ukraine*. Verfügbar unter:
<https://de.statista.com/infografik/27275/ruestungs-und-waffenhilfezusagen-von-regierungen-an-die-ukraine/>
- Kaarbo, J., Lantis, J. S. & Beasley, R. K. (2013). The Analysis of Foreign Policy in Comparative Perspective. In R. K. Beasley, J. Kaarbo, J. S. Lantis & M. T. Snarr (Hrsg.), *Foreign Policy in Comparative Perspective: Domestic and international influences on state behavior* (S. 1–26). New York: SAGE.
- Lamoreaux, J. W. (2019). Europe and America: The End of the Transatlantic Relationship? *European Security*, 29 (1), 120–123.
- Lantis, J. S. & Beasley, R. (2017). Comparative Foreign Policy analysis. In W. R. Thompson (Hrsg.), *Oxford Research Encyclopedia of Politics* (S. 1-33). Oxford: Oxford University Press.
- Layne, C. (2018). The US-Chinese power shift and the end of the Pax-Americana. *International affairs*, 94 (1), 89-111.
- Legrand, J. (2017). *Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik*. Verfügbar unter:
[https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/fiches_techniques/2013/060102/04A_FT\(2013\)060102_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/fiches_techniques/2013/060102/04A_FT(2013)060102_DE.pdf)
- Lippert, B., von Ondarza, N., Perthes, V. (Hrsg.). (2019). *Strategische Autonomie Europas: Akteure, Handlungsfelder, Zielkonflikte*. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut Für internationale Politik und Sicherheit.

- Lippert, B. (2020). *Das auswärtige Handeln der EU*. Verfügbar unter:
<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/europaeische-union-345/324611/das-auswaertige-handeln-der-eu/>
- Lopez, C. T. (2019). *U.S. Withdraws From Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty*. Verfügbar unter:
<https://www.defense.gov/News/News-Stories/Article/Article/1924779/us-withdraws-from-intermediate-range-nuclear-forces-treaty/>
- Maull, H. W. (2022). *Aussenpolitik*. Verfügbar unter:
<https://www.staatslexikon-online.de/Lexikon/Außenpolitik>
- Mearsheimer, J. J. (1990). Back to the Future: Instability in Europe after the Cold War. *International Security*, 15 (1). 5-56.
- Mearsheimer, J. J. (2001). Anarchy and the struggle for power. In J. J. Mearsheimer (Hrsg.), *The tragedy of great power politics* (S. 29-54). New York & London: W. W. Norton & Company.
- Mearsheimer, J. J. (2019). Bound to fail: The rise and fall of the liberal international order. *International security*, 43 (4), 7-50.
- Meierding, E. & Sigman, R. (2021). Understanding the Mechanisms of International Influence in an Era of Great Power Competition. *Journal of Global Security Studies*, 6 (4). 1-18.
- Moens, B., Lau, S. & Posanier, J. (2024). *Ukraine to EU: Don't let US aid package make you complacent*. Verfügbar unter: <https://www.politico.eu/article/ukraine-aid-package-us-to-eu-dont-get-complacent-because-of-us-aid-package/>
- Morgenthau, H. J. (1949). *Politics among Nations*. New York: Alfred A. Knopf
- Oppermann, K. (2022). Außenpolitikanalyse in den Internationalen Beziehungen. In F. Sauer, L. von Hauff & C. Masala (Hrsg.), *Handbuch Internationale Beziehungen* (S. 1-24). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Palacio, A. (2021). *EUROPEAN STRATEGIC AUTONOMY AFTER AFGHANISTAN*. Verfügbar unter:
<https://www.diplomaticourier.com/posts/european-strategic-autonomy-after-afghanistan>
- Peters, D. (2007). Ansätze und Methoden der Außenpolitikanalyse. In S. Schmidt, G. Hellmann & R. Wolf (Hrsg.), *Handbuch zur deutschen Außenpolitik* (S. 815-835). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Pompeo, M. R. (2019). *U.S. Withdrawal from the INF Treaty on August 2, 2019*. Verfügbar unter:
<https://2017-2021.state.gov/u-s-withdrawal-from-the-inf-treaty-on-august-2-2019/>

- Puglierin, J. (2019). *DGAP Analysis*. Verfügbar unter: <https://dgap.org/en/research/publications/priorities-eus-new-foreign-policy-agenda-2024>
- Puglierin, J. (2021). *Security and defence*. Verfügbar unter: <https://ecfr.eu/publication/the-fall-of-the-afghan-government-and-what-it-means-for-europe/>
- Rat der Europäischen Union (2016). *Implementation Plan on Security and Defence*. Verfügbar unter: <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14392-2016-INIT/en/pdf>
- Rat der Europäischen Union (2021). “*The chaotic withdrawal in Afghanistan forces us to accelerate honest thinking about European Defence*”. Verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/en/european-council/president/news/2021/09/02/20210902-pec-newsletter-afghanistan/>
- Rat der Europäischen Union (2022). *Ein Strategischer Kompass für mehr Sicherheit und Verteidigung der EU im nächsten Jahrzehnt*. Verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/03/21/a-strategic-compass-for-a-stronger-eu-security-and-defence-in-the-next-decade/>
- Riddervold, M. & Newsome, A. (2018). Transatlantic relations in times of uncertainty: crises and EU-US relations. *Journal Of European Integration*, 40 (5), 505–521.
- Rosenau, J. N. (1966). Pre-Theories and Theories of Foreign Policy. In B. R. Farell (Hrsg.), *Approaches to Comparative and International Politics* (S. 27-92). Evanston: Northwestern University Press.
- Rosenau, J. N. (1992). Governance, order, and change in world politics. In J. N. Rosenau & E. O. Czempiel (Hrsg.), *Governance without Government: Order and Change in World Politics* (S. 1–29), Cambridge: Cambridge University Press.
- Rotter, A. (2023). Wider alte Muster. *HSS Policy Paper, 01*, 1-15.
- Rudolf, P. (2017). *US-Außenpolitik unter Präsident Trump: zum Umgang mit neuen Herausforderungen in den transatlantischen Beziehungen*. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit.
- Schaller, C. (2019). „*America first*“: wie Präsident Trump das Völkerrecht strapaziert. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit.
- Schubert, K. & Klein, M. (2020). *Das Politiklexikon* (7., aktual. u. erw. Aufl.). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Shapiro, J. (2015). *Defending the defensible: The value of spheres of influence in U.S. foreign policy*. Verfügbar unter: <https://www.brookings.edu/articles/defending-the-defensible-the-value-of-spheres-of-influence-in-u-s-foreign-policy/>

- Shapiro, J. (2021). *Relations with the United States*. Verfügbar unter:
<https://ecfr.eu/publication/the-fall-of-the-afghan-government-and-what-it-means-for-europe/>
- Siewert, M. B. & Böller, F. (2020). *Vier Jahre Donald J. Trump: Ein Rückblick auf seine Regierungsbilanz in der Innen- und Außenpolitik*. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/nordamerika/usa/311560/vier-jahre-donald-j-trump-ein-rueckblick-auf-seine-regierungsbilanz-in-der-innen-und-aussenpolitik/>
- Siewert, M. B. & Wagemann, C. (2020). Vergleichende Fallstudien und Einzelfalldesigns. In C. Wagemann, A. Goerres, M. B. Siewert (Hrsg.), *Handbuch Methoden der Politikwissenschaft* (S. 147-168). Wiesbaden: Springer VS.
- Simpson, A. W. (2018). *Realism, Small States and Neutrality*. Verfügbar unter:
<https://www.e-ir.info/2018/02/05/realism-small-states-and-neutrality/>
- Sinkkonen, V. & Martin, G. (2022). Past as Prologue? The United States and European Strategic Autonomy in the Biden Era. *European Foreign Affairs Review*, 27 (Special Issue), 99-120.
- Smith, M. E. (2004). *Europe's Foreign and Security Policy: The Institutionalization of Cooperation*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Smith, S. (1986). Theories of Foreign Policy: An Historical Overview. *Review of International Studies*, 12 (1). 13-29.
- Snyder, R. C., Bruck, H. W., Sapin, B. (Hrsg.). (1954). *Decision-making as an approach to the study of international politics*. Princeton: Princeton University Press.
- Sprout, H. & Sprout, M. (1956). *Manmiliu Relationship Hypothesis in the Context of International Politics*. Boston: Center for International Studies, Princeton University.
- The White House (2018). *President Donald J. Trump is Ending United States Participation in an Unacceptable Iran Deal*. Verfügbar unter: <https://trumpwhitehouse.archives.gov/briefings-statements/president-donald-j-trump-ending-united-states-participation-unacceptable-iran-deal/>
- The White House (2023). *U. S. Withdrawal from Afghanistan*. Verfügbar unter:
<https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2023/04/US-Withdrawal-from-Afghanistan.pdf>
- Thimm, J. (2018). *Nach dem US-Austritt aus dem Iran-Abkommen: Die Stunde Europas*. Verfügbar unter: <https://www.swp-berlin.org/en/publication/nach-dem-us-austritt-aus-dem-iran-abkommen-die-stunde-europas>
- U.S. Department of Defense (2022). *Support for Ukraine*. Verfügbar unter:
<https://www.defense.gov/Spotlights/Support-for-Ukraine/>

U.S. Department of State (2024). *U.S. Security Cooperation with Ukraine*. Verfügbar unter:

<https://www.state.gov/u-s-security-cooperation-with-ukraine/>

Varma, T. (2021). *European strategic autonomy*. Verfügbar unter:

<https://ecfr.eu/publication/the-fall-of-the-afghan-government-and-what-it-means-for-europe/>

Voice of America (2023). *Borrell to US Lawmakers: "Continue Military Support for Ukraine"*. Verfügbar

unter: <https://www.voanews.com/a/eu-pledges-long-term-ukraine-military-aid-despite-growing-dissent/7292389.html>

von Daniels, L. (2021). *Die USA zurück auf der multilateralen Bühne*. Verfügbar unter:

<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/usa-2021/331740/die-usa-zurueck-auf-der-multilateralen-buehne/>

von Daniels, L. (2022). *Bidens Außenpolitik nach den Zwischenwahlen*. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP-

Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit.

White, B. (2018). Foreign policy analysis and European foreign policy. In Tonra, B. & Christiansen, T. (Hrsg.),

Rethinking European Union foreign policy (S. 45-61). Manchester: Manchester University Press.

World Politics Review (2024). *U. S. Foreign Policy Under Biden*. Verfügbar unter:

<https://www.worldpoliticsreview.com/biden-us-foreign-policy/>

Wright, T. (2015). *China and Russia vs. America: Great-power revisionism is back*. Verfügbar unter:

<https://www.brookings.edu/articles/china-and-russia-vs-america-great-power-revisionism-is-back/>